

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement Carl. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespalte Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Vereinbarung. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Frankreichs neue Regierung.

Die französische Regierung hat in der Deputiertenkammer eine Erklärung verlesen lassen, in der sie die Grundzüge ihrer künftigen Politik darlegt.

Man muß dieser Erklärung zunächst das Lob ertheilen, die sehr geschickt abgefaßt ist. Herr von Frey, der Chef des französischen Kabinetts, ist ein genauer Kenner der französischen Verhältnisse und weiß, was man reden muß, wenn man auf seine Landsleute wirken will. Er hat es auch vermieden, den in Frankreich üblichen Aufwand von politischen Phrasen als Ausdrucksweise der Erklärung zu vermeiden. In knapper, schmuckloser Sprache wird gesagt, was man will; will die in Ostasien begonnene Kolonialpolitik „auf ordentlich einfacher Grundlage“ weiter führen, so daß die Mittel dazu nicht fehlen, deren nur noch 30 Millionen erforderlich sind, und auch von diesen 30 Millionen hofft die Regierung, daß sie in einigen Jahren nicht mehr erforderlich sein werden. Wenn man das so durchführen kann, ist das ungelöst ein großer Vortheil für Frankreich und wenn die Einkommensfrage nicht sofort los wird, so kann die Regierung, wenn sie das Projekt vorausgesetzt, zugeben werden müssen, daß sich Herr von Freycinet nicht aus der Affaire gezogen hat.

Dann besteht die Absicht, laut der Erklärung, die Staatsausgaben zu vermindern und die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen, ohne dem Lande neue Steuern zu verlegen. Wenn Herr Sadi Carnot, der neue Finanzminister, dies erreichen kann, ist ihm der Dank seines Landes gewiß. Aber wird er es können? Das ist die Frage, die erst von der Zukunft beantwortet werden kann. Zwar wenn der Kriegsminister wirklich eine Garnison von 40 Millionen Franzosen machen zu können will, wird auch der Kriegsminister dadurch ein etwas interessantes Spiel haben. Wir werden ja sehen.

Die auswärtige Politik Frankreichs wird in der Erklärung der Regierung wiederholt als eine durch friedliche bezeichnet. Zwar pflegen die wenigsten Ausnahmen heute so ziemlich alle Regierungen zu thun, wenn sie nicht gerade Pläne haben, wie Mila in Serbien oder Alexan der Kaiser von Bulgarien. Allein wollen den Werth der französischen Erklärung für den Weltfrieden unterschätzen und sind der Meinung, daß diese Erklärung den ersten Willen hat, eine friedliche und verlässliche Politik einzuführen. Es wird Herrn v. Freycinet wenig Mühe kosten, die Habgucht des französischen Neuarbeiter- und Spekulantenthums zu zügeln. Aber eine Regierung wird nicht verlernen, daß die französische Politik des Friedens bedarf, um sich innerlich zu befestigen. Die Bonapartisten sind an ihren kriegerischen Abenteuern zu Grunde gegangen und man kann endlich lernen, daran ein Beispiel zu nehmen. Ein friedliches Frank-

reich wird eine kräftige Stütze für den Völkerfrieden überhaupt bilden und das wird Niemand unterschätzen wollen.

Der größte Theil der republikanischen Presse ist von diesem Regierungsprogramm über die Maßen entzückt. Wir müssen gestehen, daß wir das übertrieben finden. Was in dem Programm gesagt ist, das darf man — mit Ausnahme einiger Punkte — als gut bezeichnen. Allein es ist eben zu wenig gesagt. Wenn es am Schluß heißt, daß die Republik nicht stille stehen könne, sondern daß ein beständiger Fortschritt und eine beständige Hebung des materiellen und moralischen Niveaus der Demokratie in Frankreich stattfinden müsse, so ist das offenbar sehr gut gesagt, aber leider ist nicht gesagt, wie der Fortschritt herbeigeführt, wie das moralische und materielle Niveau der Demokratie gehoben werden soll. Deutzutage allen Regierungen gebend werden nicht mehr; am allerwenigsten den skeptischen Franzosen. Man will genau wissen, um was es sich handelt. Da die Erklärung der französischen Regierung aber bei der allgemeinen Phrase stehen bleibt, so muß das gerade als ein sehr empfindlicher Mangel bezeichnet werden, welcher die öffentliche Kritik herausfordert. Eine demokratische Regierung in Frankreich muß doch auch noch andere Ziele haben, als die Ordnung der Angelegenheiten in Longking und die Herstellung des Gleichgewichts im Staatsbudget.

Es ist doch merkwürdig, daß auch den republikanischen Regierungen in Frankreich das Wort im Halse stecken bleibt, sobald sie in Verührung mit der für unsere so charakteristischen und so wichtigen wirtschaftlichen Fragen in Verührung kommen. Das ist auch diesmal so gegangen. Die Erklärung der Regierung hatte doch offenbar den Zweck, das Land über seine Zukunft zu beruhigen und anzukündigen, daß eine neue Epoche in der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten eingetreten sei. Allein warum sprach man da gar nicht von der Arbeiterfrage? Diese enthält für viele Millionen von Franzosen doch unendlich Wichtiges als die Einkommensfrage. Wenn es der Regierung ernstlich darum zu thun ist, das materielle und moralische Niveau der Demokratie zu heben, so muß sie doch auch auf eine durchgreifende Verbesserung des Looses der arbeitenden Klassen bedacht sein. Das wird nunmehr in Frankreich Niemand mehr leugnen wollen, der begriffen hat, wohin sich die sozialen Strömungen unserer Zeit richten. Die Gambetta'sche Auffassung der wirtschaftlichen Fragen ist längst veraltet.

Man hat auf diese Regierung große Hoffnungen gesetzt. Wenn sie nicht in den Fehler ihrer Vorgängerinnen verfallen, und wenn sie diese Hoffnungen rechtfertigen will, so wird sie nicht damit zögern können, ihre sozialpolitischen Anschauungen und Pläne darzulegen. In Frankreich will man neue Thaten sehen, nachdem so viele und so große Versprechungen gemacht und nicht erfüllt worden sind.

Die letzten Wahlen waren ein mahrender Fingerzeig sie lieferten den Beweis, daß man das Vertrauen des Volkes recht leicht erwerben kann, daß man aber seine Handlungen darnach einrichten muß, um es festzuhalten. Mögen die jetzt in der Regierung befindlichen französischen Staatsmänner dies nicht übersehen; sie sind bei den Wahlen gewarnt worden.

Politische Uebersicht.

Der Reichstag verhandelte am Dienstag bei sehr schlecht besetztem Hause über den Postetat und genehmigte neue Postgebäude. Dann kamen die Ausgaben für die Kolonien daran, was eine Debatte über Kolonialpolitik herbeiführte. Herr Börmann, der Hamburger Kaufmann, legte eine Festschrift für den Schnapsband ein, den er in Kamerun höchstselbst betreibt. Er fand Widerspruch bei Windthorst und Richter, von denen der letztere sich namentlich darüber lustig machte, daß Börmann Kamerun als ein Paradies bezeichnete. Die Schnapsdebatte erreichte den Höhepunkt, als auch Stöcker in die Diskussion eingriff und den bekannten Ausspruch Börmanns heranzog, der dahin ging, daß die Kolonisation „scharfer Reizmittel“ bedürfe. Der in die Enge getriebene Börmann verteidigte die kulturelle Mission seines Schnapses sehr schlecht und wurde hitzig, da er sich namentlich über die Bemerkungen Stöcker's geäußert hatte. Stöcker „machte“ schließlich auch noch in Judenhege, indem er sagte, daß die Bekämpfung der Juden ausgebe, wenn sie nach Kamerun gehen wollten, dagegen wolle er die Kameruneger bekämpfen, wenn sie nach Berlin kommen und in die Redaktionen der Tagesblätter eintreten würden. Herr Windthorst tritt sich dann noch wegen der Missionäre mit Stöcker, worauf die Debatte wieder auf das persönliche Niveau hinabsank. Schließlich wurden die Posten bezüglich der Ausgaben für Kamerun wieder an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Das Gezänke wegen der Karolinen-Angelegenheit dauert noch immer fort. Man wird sich entsinnen, daß seiner Zeit von der gesamten gutgesinnten Presse herbeieilt, daß die spanischen Schiffe hätten die Insel Yap erst erreicht, nachdem bereits die deutsche Flagge aufgehoht war. Aus den Erklärungen, welche die „Nordd. Allg. Zig.“ vor einigen Tagen vom Stapel ließ, ging nun aber hervor, daß die spanischen Schiffe schon die Inseln in Besitz genommen hätten, als der deutsche Dampfer anlangte. Der „Reichsbote“, welcher immer mit großer Emphase auf das Juspätkommen der Spanier hingewiesen hatte, fühlt sich durch diese Mittheilung sehr beklommen.

„Ist das richtig?“ — bemerkt das genannte Blatt — „Bisher hieß es immer, das deutsche Schiff sei dem spanischen zuvorgekommen! Dann hätte Deutschland in Rücksicht auf

Feuilleton.

Dunkle Gestalten.

Abklärung aus dem sozialen Leben der Gegenwart von Karl Zelle.

[Fortsetzung verboten.]

„Geh, Fritz,ieh einmal zu, wer da ist,“ sagte Mutter zu dem Clown, der dienstfertig aufsprang und hell einen Blick durch das Guckloch in der Korridorhürde warf.

Mit allen Zeichen des größten Erstaunens lehrte er sich.

„Alle Wetter, Frau Weber,“ flüsterte er, „draußen steht eine pikante Dame. Soll ich sie hereinlassen?“

„Es wird wohl der Besuch sein,“ entgegnete die Frau Direktorin, „wird auch was Nettes sein. Meinemwegen laß' herein, oder laß' sie draußen, mir ist das ganz gleich.“

„Dann werde ich sie hereinlassen.“

Er öffnete die Thür.

„Ich wünsche den Herrn Direktor Weber zu sprechen,“ sagte Martha, denn sie war es, nachdem sie den fast ehrerbietigen Gruß des Clownes oberflächlich erwidert hatte.

Der Herr Direktor ist augenblicklich nicht zu Hause, allein, er muß jedoch jeden Moment zurückkommen,“ entgegnete Fritz. „Würden Sie inzwischen nicht einen Augenblick eintreten wollen?“

„Ich bin so frei.“

Martha trat in die Küche und der Clown führte sie in die Stube, in welchem Mutter Weber immer noch ungeschicklich auf ihrem Stuhle saß und wehmüthig vor sich hinarrte.

Martha war auf der Schwelle des Zimmers stehen geblieben und sah ziemlich erstaunt in das wirre Gerümpel auf die angetrunkene große Frau.

„Sie entschuldigen,“ sagte sie einigermaßen verlegen, „der Herr Direktor Weber hat mich hierher bestellt, ich finde mich doch in seiner Wohnung?“

„Zarwohl, da sind Sie ganz recht,“ erwiderte Mutter Weber mit etwas fallender Zunge, „setzen Sie sich nur einen Augenblick, er wird wohl bald kommen. Fritz, bring' doch mal ein Glas herein, Fräulein wird wahrscheinlich nicht aus der Flasche trinken wollen!“

„Ich danke Ihnen sehr,“ wehrte das junge Mädchen ab, „ich trinke überhaupt nicht.“

„Machen Sie nur keine Umstände,“ entgegnete Frau Weber mit der Beharrlichkeit, die trunkenen Menschen eigenenthümlich ist, „wenn Sie einmal unter die Künstler gehen wollen, dann müssen Sie sich auch in ihre Gewohnheiten schicken. Bei uns ist das einmal so Sitte, daß wir einen neuen Kollegen mit einem frischen Trunk begrüßen. Also, Fritz, das Glas!“

Fritz brachte auf diese Weisung ein kleines Schnaps-gläschen, welches er mit einem ziemlich unsauberen Handtuch auswischte.

Mutter Weber schenkte ein.

„Sehen Sie,“ sagte sie dann, die Flasche in der Hand behaltend, „wir Künstler sind doch gute Leute. Sie thun Recht daran, daß Sie nicht mehr unter den gewöhnlichen Menschenkindern bleiben wollen. Es giebt nichts Schöneres auf der Welt, als wenn man frei, von allen Sorgen befreit, sich der flauenden Menge zeigen kann, wenn ein tausendstimmiges Bravo sich erhebt, das uns Künstler stolz und glücklich macht. Sie hätten mich sehen sollen, sage ich Ihnen, als ich vor einigen Jahren im Zirkus auftrat. Aber trinken wir erst; Ihre Gesundheit, Fräulein!“

Martha ergriff ihr Glas und trank von dem scharfen Brantwein. Sie blickte mit einem Gemisch von Furcht und Staunen auf den ungeheuren Fleischklumpen, in ihrem kurzen Leben hatte sie bereits manche Stätte des Glens gesehen, sie war mit der tiefsten Verworfenheit des menschlichen Lebens in Verührung gekommen, dieses Weib jedoch

mußte sie mit fast erschrockener Reugier betrachten, etwas Aehnliches war ihr noch nicht vorgekommen. Mutter Weber hatte schweigend die Flasche ihrem Kumpan gereicht, und dieselbe nach gehöriger Benutzung wieder auf den Tisch gestellt.

„Wovon sprachen wir doch, Fritz,“ fragte Mutter Weber, indem sie ihren schweren Kopf auf die Seite neigte.

„Sie wollten erzählen, wie sie im Zirkus auftraten!“

„Ach ja, ganz Recht. Ja, Fräulein, da hätten Sie mich sehen müssen. Es gab keine bessere Reiterin wie mich. Jedermann war nach mir vernarrt, alle Zeitungen sprachen von mir, man überschüttete mich mit Blumen, mit Liebesbriefen, kurzum ich war die beneidenswerteste Person von der Welt.“

Sie begann, von der Erinnerung hingerissen, förmlich zu schluchzen.

„Heute glaubt es Niemand mehr,“ fuhr sie fort, „aber es waren doch schöne Zeiten. Niemand konnte besser auf dem Pferde stehen wie ich, damals verhätschelte man mich, jetzt freilich ist es anders geworden!“

Bei den letzten Worten war ihre Stimme schwächer geworden, sie schwieg jetzt, nur schweres, stöhnendes Athmen zeigte an, daß noch Leben in dem riesigen Körper war.

Es gehörte zu den besonderen Eigentümlichkeiten der Mutter Weber, in trunkenen Zuständen von ihren Erregenschaften als Zirkusreiterin zu sprechen. Allerdings wußte Niemand von ihrer Umgebung etwas Genaueres über diese Periode ihres Lebens, vielleicht hätte der Direktor Weber hierüber Aufschluß geben können, er war indessen viel zu schweigsam, um über Sachen, die ihn näher angingen, Mittheilungen zu machen.

Sie verlangte jedoch von jedem ihrer Zuhörer unbedingten Glauben, und nichts konnte sie mehr in Wuth versetzen, als wenn Jemand Zweifel an ihrer Kunstfertigkeit als Reiterin äußerte.

Spanien aber auch sofort zurücktreten können, und die Anrufung der päpstlichen Vermittelung erscheint dann erst recht unangebracht.

Darauf repliziert die offizielle „Nordd.“ folgendermaßen: „Der Reichsbote“ geht offenbar von der Voraussetzung aus, daß die Karolinen in der Nähe von Potsdam gelagert sind. Das trifft indessen nicht zu. Die genannte Inselgruppe ist von Berlin sehr weit entfernt, und die Frage, ob Deutschland oder Spanien in der Besitzergreifung die Priorität gehabt habe, war daher nicht so schnell und so leicht zu entscheiden, als der „Reichsbote“ es annimmt. Zunächst mußten die Berichte der deutschen Offiziere abgewartet werden. Aus letzteren ergab sich, daß unsere Offiziere streng nach ihrer Segelordrere verfahren waren. Sie hatten die deutsche Flagge auf der Inselgruppe aufgehißt, weil sie dort keine spanische Flagge vorgefunden hatten. Andererseits wurde aber auch festgestellt, daß zu der Zeit, als unsere Schiffe nach der Karolinengruppe gelangt waren, seitens der Spanier bereits seit mehreren Tagen dort verschiedene Akte vorgenommen worden waren, welche als eine bona fide Besitzergreifung anerkannt werden mußten. Sie hatten Häuser ausgelassen, Beamte ausgeschickt u. s. w. Als eine Spanien befreundete Macht dürfte Deutschland seine Anerkennung der Okkupation nicht von dem Aufhören einer Flagge abhängig machen. Um zu einer staatsrechtlichen Entscheidung der Frage wegen der Priorität der Besitzergreifung zu gelangen, bedurfte es eben aller dieser Feststellungen. Auch dann hätte man noch darüber streiten können, ob die Besitzergreifung der Insel Yap die ganze Karolinengruppe deckt. Die Sache schien indessen nicht wichtig genug, um ihre Wege mit Spanien zwistigleiten anzufangen.

Wir haben von vornherein den Standpunkt vertreten, daß es sich der Karolinen-Inseln halber gewiß nicht verlohne, mit einer befreundeten Macht Streit anzufangen, wenn wir auch andererseits der Meinung sind, daß das Einlenken der Reichsregierung keineswegs lediglich aus vorliegenden Gründen erfolgt ist. Die ganze Angelegenheit ist sicher dazu angethan, den Kolonial-Enthusiasmus etwas abzukühlen und das ist jedenfalls ein nicht zu unterschätzender Erfolg.

Den Motiven zum Gesegenswurf betreffend die Einführung des Branntwein-Monopols ist eine Uebersicht der in Frankreich, England, Rußland, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Belgien, den Niederlanden und Schweden im Ganzen und auf den Kopf der Bevölkerung aufkommenden Steuerbeträge aus dem Branntwein und des Branntwein Konsums beigegeben. Danach beträgt in Frankreich die Netto-Einnahme aus dem Branntwein 237,500,000 Frs., pro Kopf 6.73 Frs., in England 15,000,000 Lfr., pro Kopf 0.41 Lfr., Rußland 250,000,000 Rbl., pro Kopf 3 Rbl., Vereinigte Staaten von Nordamerika 74,500,000 Dollars, pro Kopf 1.5 Dollar, Belgien 27,000,000 Frs., pro Kopf 4.9 Frs., Niederlande 22,000,000 fl., pro Kopf 4.9 fl., Schweden 19,500,000 Kronen, pro Kopf 4.33 Kronen. Der Konsum reinen Alkohols stellt sich pro Kopf der Bevölkerung in Frankreich auf 5 Liter, England 2.75—3 Liter, Rußland 7.5 Liter, Vereinigte Staaten von Nordamerika 5.5 Liter, Belgien 5.75 Liter, Niederlande 5—6 Liter, Schweden 4.5 Liter.

Betreffs des Verkehrs mit Arzneimitteln sieht nach der „Pharm. Ztg.“ eine Revision der Reichsverordnung vom 4. Januar 1875 im Ausicht. Den Einzelregierungen ist seitens des Reichsamts des Innern eine darauf bezügliche Vorlage zur Begutachtung überwiesen worden. Die Kommission der ärztlichen Bezirksvereine und des Apothekervereins in Berlin hatte bereits vor einiger Zeit dem Reichsamt ein Gesuch um Belämpfung des Geheimmittelwesens überandt, in welchem die Aufhebung der vorerwähnten Verordnung und deren Ersetzung durch eine andere befürwortet wird, wonach das Anfertigen, Freihalten, Feilbieten und der Verkauf von Arzneimitteln jeder Art mit Einschluß der Geheimmittel und der pharmazeutischen Spezialitäten zu Heilzwecken im Kleinhandel ausschließlich den Apothekern zugewiesen wird. — Die Herren Apothekern scheint es demnach zu genügen, daß nicht Alles bei ihnen gekauft wird. Vielleicht trägt aber gerade ihr Vorgehen mit dazu bei, die Apothekenfrage im Reichstag zur Sprache zu bringen und auf eine gründliche Abänderung des jetzigen Monopolswesens hinzuwirken.

Die Maßregeln zur Zurückdrängung des polnischen Elements sollen nach einer Berliner Korrespondenz der „Pol. Korresp.“ in dem Anlaufe von Ländereien bestehen, welche zur Sekhaftmachung deutscher bäuerlicher Elemente benutzt werden sollen. Es dürften zu diesem Zwecke mehrere Millionen Mark von dem Landtage gefordert werden. Ueber die Art der Ausführung dieses Projektes ist noch nichts Näheres bekannt, doch geht man schwerlich fehl, wenn man annimmt, daß kleine deutsche Bauernbesitzungen in Form von Rentengütern geschaffen werden sollen, jenem Projekte gemäß, welches kürzlich Gegenstand der Erörterung des Landesökonomiekollegiums war. Die Besitzungen würden demgemäß in das Eigentum der Bauern übergeben gegen eine unablässbare Rente. (Vorläufig haben wir es jedenfalls nur mit Muthmaßungen zu thun. D. R.)

Im Bundesrathe sind, wie verlautet, zu Referenten über das Branntweinmonopol der sächsische Geheimrat Finanzrath Wolf und der württembergische Ober-Sieuerath Fischer bestellt. Man vermuthet, daß die Ausführlarathungen nicht vor dem Ende der Woche, beginnen werden und das reichlich

der Monat Februar herankommen dürfte, bis der Entwurf an den Reichstag gelangt. — Heute werden sich die Ausschussarbeiten im Bundesrathe auch der Vorlage über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken zuwenden.

Aus Schneeberg (Sachsen) wird der „Nat.-Ztg.“ gemeldet: In unserem (19. sächsischen) Wahlkreise findet bekanntlich, da der konservative Abgeordnete Ebert sein Mandat niedergelegt hat, eine Nachwahl zum Reichstage statt. Die Sozialdemokraten machen große Anstrengungen, um unseren Wahlkreis, welcher Jahre hindurch sozialdemokratisch vertreten war, zu erobern. Der sozialdemokratische Kandidat wird Schuhmachermeister Seyffert aus Zwickau sein. Ueber die Aufstellung der Kandidaten der anderen Parteien verlautet noch nichts.

Der aus Berlin ausgewiesene Oesterreicher Dr. phil. Emil Kaler-Rheinthal hat sein Domizil jetzt in der Schweiz (Zürich) genommen. Derselbe theilte einem Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ folgendes mit: Er traf im November in Berlin zum ausschließlichen Zweck ein, in der dortigen Königl. Bibliothek für eine wissenschaftliche Arbeit Studien vorzunehmen. Diesen Zweck seines Aufenthalts theilte er der Polizei mit und blieb fünf volle Wochen gänzlich unbeschäftigt. Er besuchte weder eine Versammlung, noch schrieb er irgend etwas für eine Zeitung, lebte vielmehr ganz seinen Studien. Er war daher nicht wenig überrascht, als er eines Morgens früh 6 Uhr durch einen Geheimagenten zum Polizeipräsidium gebracht wurde, um sofort ausgewiesen zu werden. Als er nach den Gründen seiner Ausweisung forschte, erhielt er die Antwort, er sei in Oesterreich im Jahre 1881 wegen Majestätsbeleidigung u. d. bestraft worden. Auf seinen Einwand, daß es doch unerhört sei, einen Menschen nach dem, was er vor einer Reihe von Jahren gethan, zu bestrafen und dafür in Strafe zu nehmen, erhielt er die Bemerkung, daß die Polizei für die Ausweisung überhaupt keine Gründe anzugeben brauche. Auf seine Anfrage, ob es einen Instanzweg gebe, um gegen die Ausweisung Beschwerde zu führen, erhielt er eine verneinende Antwort und wurde ihm bedeutet, daß ihm nur noch die Bitte an das Polizeipräsidium offen stehe, ihm eine Frist zur Ordnung seiner Angelegenheiten zu gewähren. Er bat um eine vierwöchige Frist, um wenigstens die allerwichtigsten Studien zum Abschluß bringen zu können. Statt der vierwöchigen Frist erhielt er eine 24stündige, unter Androhung einer Geldstrafe von 100 M. ev. 10 Tagen Gefängnis, wenn sie nicht eingehalten würde. Diese Härte schien selbst den Beamten zu stark zu sein, sie riefen zu einer neuen Eingabe an den Präsidenten. Dr. Kaler folgte dem Rathe, konnte das Resultat der neuen Eingabe aber nicht abwarten, da er an die erste Verfügung gebunden war und sich der Gefahr einer Verhaftung nicht aussetzen wollte. Nachdem er bereits abgereist war, bezügl. nach Ablauf der 24stündigen Frist, wurde in seiner Wohnung ein Dekret des Polizeiprääsidenten behändig, worin Dr. Kaler eine fünfjährige Frist gewährt wurde.

Dem weimarischen Landtag, welcher soeben eröffnet wurde, liegt ein Antrag zur Errichtung eines Göthe-Museums vor. Der „Nat.-Ztg.“ wird darüber geschrieben: Eine Vorlage an den Landtag bezieht sich auf das Göthe-Haus, das nebst den Sammlungen durch den letzten Enkel des Dichters, Walther von Göthe, dem weimarischen Staat vermacht worden ist. Die unmittelbare Veranlassung der Vorlage giebt der Umstand, daß der überaus klägliche bauliche Zustand, in dem sich das Haus befand, umfangreiche Reparaturen notwendig gemacht hat, die einen Kostenaufwand von etwa 36 000 M. erfordert haben. Die Regierung ersucht den Landtag um seine Zustimmung dazu, sowie über Verwendung einer weiteren Summe von einigen tausend Mark für die innere Herstellung der Räume in einer ihrem nunmehrigen Zwecke als Göthe-National-Museum entsprechender Weise. Ferner werden als dauernde Ausgaben eine Besoldungszulage für den mit der Leitung des Museums beauftragten Hofrath Roland und Befoldungen für untere Beamte u. zunächst für 1885 und 1886 gefordert, während diese Posten später in den regelmäßigen Staatshaushalts Etat eingestellt werden sollen. Uebrigens hat der Staat mit dem Hause bekanntlich auch ein Kapital von 30 000 M. ererbt, dessen Zinsen zu der Unterhaltung des Hauses dienen sollen. Die Eröffnung des Göthe-National-Museums, als welches das Göthehaus mit seinen Sammlungen durch einen landesherlichen Stiftungsbrief vom 8. Aug. v. J. bezeichnet wird, dürfte im Vorjommer stattfinden. Daß der Eintritt desselben ein stets freier sein sollte, liegt nicht in der Absicht der Regierung, doch wird wohl an ein oder zwei Tagen der Woche der Eintritt frei sein, an den anderen nur ein mäßiges Eintrittsgeld erhoben werden. Die Sammlungen werden sehr reichhaltig bezeichnet; die Sammlung an Handzeichnungen umfaßt über 1000 Nummern und enthält ebenso wie die der Kupferstiche und Holzsnitte äußerst kostbare Blätter, die Sammlung von Majoliken über 100 Stück zum Theil so seltener Art, daß sie als eine der interessantesten in Europa bezeichnet werden kann. Uebrigens ist die Katalogisirung noch nicht vollendet. Versichert gegen Feuersgefahr sind die Sammlungen und das Mobiliar mit 179 650 M. unter Zugrundelegung des Marktwertes.

Die Unterhandlungen betreffend der Posen-Gresener Erzbischofsfrage sind, wie der päpstliche „Observatore Katoliko“

aus „guter“ Quelle verstärkt, noch nicht zum Abschluß doch sei ein solcher binnen Kurzem zu erwarten. Über die in Berlin zu errichtende Nuntiatur seien aber verüßelt. Der „Kölnischen Ztg.“ wird auf neuerdings und Berlin eingezogene Erfindungen überreicht, daß die ganze Nachricht von der Errichtung der Nuntiatur in Berlin aus der Luft gegriffen sei.

Recht interessant sind die Gründe, welche den Kaiser veranlassen, den früheren chinesischen Gesandten Deutschland, Li-Fong-Pao, zu degradieren. Das Dekret hat nach Uebersetzung aus dem Chinesischen Wortlaut: „Peking, 22. November. Der Beamte Klasse, Geheimrath dritter Klasse, nobilitirter Rang eines Taitai, Li-Fong-Pao, Charakter: schmutzig (Redig), Kunst: sich einzuschmeicheln, um zu erlangen; öfter und von vielen Personen wurde von gefüßelt. Ich befehle, ihn zu degradieren, und gestattet werden, ihn nieder als Beamten zu vernehmen.“

Frankreich.
Die ministerielle Erklärung, welche am 15. in der Kammer den lebhaftesten Beifall der Linken erregte, wird dem entsprechend von den Parteien so warm gelobt, wie dies schon lange die Regierung widerfuhr. Denn noch ehe sie im „Antragsagent“ mit folgenden Worten:

Endlich hat man der Landesvertretung eine geboten, die etwas sagen will. Alle Abgeordnete daher mit wachsendem Erstaunen an. War das das Ministerium äußerte sich unerschrocken gegen die Unternehmungen und kündigte offiziell an, es solle die Steuer eingeführt werden. Das waren zwei Streiche auf die Bude Jules Ferry's, der uns auf seinem nach Tongking geführt hatte, der andere auf Briffon's, welcher uns im Beginn der Session mit der würdigen Miene von der Welt zu verziehen gab, ernstlich damit um, die Abgaben aller Art, unterhöhen, noch zu erhöhen. . . . Auch der Rest der ist viel verheißend. Das Parlament wird also nicht schuldigen sein, wenn es nicht endlich die Reformen Hand nimmt, die bisher immer aus Furcht vor den Stande der Regierung verlagert wurden.

Die „Justice“ meint, daß die größte Fehler der Erklärung sei der, daß sie zwei Monate habe auf lassen. Wenn Herr Briffon sie am 16. November in der neuen Kammer gehalten hätte, so wäre Alles nach gegangen. Von dem, was die Erklärung enthält, werden den geringsten Tadel, und wenn man Vorbehalte machen könnten, sie nur auf die Auslassungen Bezug haben, verschiedenes, was darin hätte erwähnt werden sollen. Stillschweigen übergangen worden. Es handelt sich hier um die Amnestie, dann um die radikale Reform der Gesetze und, wie das Blatt andeutet, um gründliche Neuerungen.

Uns scheint, daß sich die Herren Rochefort und die auszugroßen Erwartungen bezüglich dessen hingeben, neue Ministerium leisten wird. Herr Rochefort, der neuer Minister, hat zwar Reformen im Innern des Landes kundigt, allein welcher Art diese sein sollen, ist noch ihm gesagt worden, abgesehen davon, daß Ankündigung und Ausführung ein weiter liegt. Will das Ministerium den Weg wirklicher reformen antreten, so wird das gewiß im ganzen Lande begrüßt werden, andernfalls dürfte demselben eine längere Lebensdauer beschieden sein, wie bei gängern. Es muß sich ja bald genug zeigen, wohin diese Freygeiz Steuern will.

Louise Michel hat sich nur mit Widerstand Entlassung aus dem Gefängnisse gefügt. Sie machte die Entlassung des Gefangenen Saint-Vazare die zornigste weil er die „Ansamie“ der Regierung beugünstige, für den Fall, daß sie nicht freiwillig gehen wollte, wegen mit gewaltthamer Ausstoßung gedroht habe. Blätter bringen Protestschreiben von ihr. Sie beschuldigt Rochefort, Clemenceau und alle Uebrigen eines unehrenhaften Betragens, mit aller Gewalt hätte man sie drängen wollen und die Herren hätten sich nichts daraus angelegen lassen, ins Narrenhaus sperren zu lassen, wenn sie die Sorge um sie entbunden worden wären. Sobald Mutter, die noch im Grabe der Familie Ferry liegt, Ehre erwiesen habe, werde sie auswandern, wobei noch nicht, vielleicht nach Neu Caledonien, vielleicht in päpstliches Land, wo Bedrängte ihrer bedürfen — in das nur dem Namen nach eine Republik, in Wahrheit ein Kaiserreich sei, bleibe sie nie und nimmermehr.

Großbritannien.
Der irische National-Liga, an deren Spitze steht, droht daselbe Schicksal, welches ihre Vorgänger irische Landliga, vor etwa Jahresfrist betroffen hat. Die irische Kabinete hat am Sonnabend die Möglichkeit einer Nationalliga für eine „unangelegliche Vereinigung“ zu Ein endgültiger Beschluß wurde zwar noch nicht gefaßt, würde eine derartige Maßregel sich ganz selbstverständlich das System der Ausnahmeregierung einführen, das Kabinete Salisbury Irland gegenüber von Neuen

Martha war still auf ihrem Stuhl sitzen geblieben, sie hatte mit sehr getheilten Gefühlen der Erzählung gelauscht. Es fing in dem Zimmer bereits an zu dunkeln, der Direktor hatte sie um drei Uhr hierher bestellt, es war bereits vier Uhr vorbei.

Mutter Weber saß zusammengesunken auf ihrem Stuhl, nur hin und wieder entschlüpfte ein gurgelnder, unartikulirter Ton ihrer Kehle. Der Klown hing mehr auf seinem Stuhl, als er saß, er hatte die Geschichte der Mutter Weber schon hundert Mal mit angehört, er hatte dieses Mal fast gar nicht auf dieselbe geachtet.

Sei es nun, daß er von dem Genuß des Schnapfes um seine gesunde Urtheilskraft gebracht war, sei es, daß er die Absicht hatte, die fremde Dame zu unterhalten, kurzum er nahm das Gespräch wieder auf.

„Ja, Mutter Weber,“ lachte er, „das, was sie da erzählen, mag Alles sehr schön sein, und ich glaube es ja auch, aber wenn man Sie heute sieht, sollte man kaum glauben, daß sie früher so behende waren!“

„Was sagst Du da?“ fragte die Frau Direktorin zunächst mehr erstaunt als erzürnt über die Dreistigkeit ihres Untergebenen.

„Ich meine, entgegnete der Klown, daß zum Auftreten als Zirkusreiterin doch eine gewisse Leichtigkeit gehdrt, und, Mutter Weber, Sie sind doch gerade keine Feder!“

Er stützte den schweren Kopf auf den Ellenbogen und lachte über seine Anspielung leise vor sich hin.

Mutter Weber war roth geworden vor innerer Wuth. Sie vermochte im ersten Augenblick nichts zu erwidern, aber einer plötzlichen Eingebung folgend, ergriff sie den Klown im Genick und hielt ihn in ihrer mächtigen Faust wie in einem Schraubstock fest.

„Aber, Mutter Weber,“ sagte der arme Kerl, dem trotz seiner Trunkenheit das Gefährliche und Beschämende seiner Lage klar wurde, ängstlich und befänstigend, „ich habe es ja nicht böse gemeint, bedenken Sie doch die fremde Dame!“

„Nicht scheert kein Teufel etwas,“ fuhr das wüthende

Weiß auf, „wie kannst Du Hungerleider es wagen, Zweifel an meinen Worten zu äußern!“

Sie drückte ihm das Gesicht auf die Tischplatte nieder, daß er beinahe ersticke.

„Nun, so sprich doch wenigstens,“ sagte sie, indem sie sich an den Krümmungen ihres Opfers ergötzte, „wo ist denn Deine Freiheit jetzt geblieben?“

Sie riß ihn plötzlich empor und schlug ihm mit der freien Hand mehrere Male heftig ins Gesicht, so daß dem armen Menschen das Blut aus der Nase spritzte. Dann stand sie, ohne ihn loszulassen, auf und warf ihn in die dunkle Ritze hinaus, wo er polternd zusammenbrach. Krachend warf sie die Thür hinter ihm zu.

Martha war erschrocken aufgesprungen. Sie hatte häufig blutige Schlägerien gesehen, wo Menschen wie die wilden Thiere aufeinander stürzten und sich mit Messern und Biergläsern bearbeiteten. Auch Frauen hatten sich daran betheilig, sie hatten aber stets aus Nothwehr oder aus Liebe gehandelt, eine solche Bestialität hatte sie niemals bemerkt. Die Direktorin hatte sich nach der gehaltenen Anstrengung leuchtend auf ihrem Stuhl niedergelassen, die Röthe ihres Gesichtes hatte einer tiefen Blässe Platz gemacht, ihre Fäuste waren krampfhaft geballt, Martha fürchtete jeden Augenblick einen neuen Wuthausbruch, dessen Opfer, da Niemand außer ihr zugegen war, wahrscheinlich sie selbst geworden wäre. Sie wagte kaum zu atmen, um die Aufmerksamkeit des Kolosses nicht auf sich zu ziehen.

Die Situation wurde immer gefährlicher und unangenehmer, das junge Mädchen hätte sich am liebsten leise entfernt, die Direktorin saß jedoch dicht bei der Thür, so daß sie unbemerkt bei derselben nicht vorbeikommen konnte.

Da endlich ging draußen die Korridorthür. Martha athmete erleichtert auf. Roghte es sein, wer es wollte, jedenfalls wurde sie aus der peinlichen Lage befreit.

„Weshalb brennt hier kein Licht,“ hörte man draußen

die unwirthliche Stimme des Direktors sagen, „das ist verteuflische Wirthschaft. Kommen Sie nur hier her!“

Die letzten Worte waren an den Klown gerichtet, in dessen Begleitung der Direktor jetzt die Thür trat. Mit einem Blick überschaute er die beiden. „Guten Abend, Fräulein,“ sagte er, indem er seine Frau nicht bemerkte, einschuldigen Sie, wenn Sie warten ließ, es war jedoch nicht meine Schuld. Ich ist Ihnen hier nichts Unangenehmes passiert!“

„Frit hat ein paar Ohrfeigen bekommen,“ sagte sie für seine Freiheit gebühren,“ mischte sich ins Gespräch. „Er kann noch mehr erhalten, wenn Sie wünscht.“

Ihr Kopf sank gegen den Ofen, eine gähnende Schläffung machte sich auf ihrem breiten Gesichte bemerkbar, sie seufzte ein paar Mal tief auf, dann schlief sie ein.

Der Direktor unterdrückte nur mit Mühe einen Ritt feindseligem, kaltem Blick betrachtete er eine Weile seine Frau. Dann suchte er die Achseln und die Hände der Martha:

Sie sind wahrscheinlich Zeugin einer unangenehmen Szene geworden. Nun, hoffentlich sind Sie nicht verletzt. Sie wissen ja, wie manche Frauen sind. Ich werde die Sache übrigens später in Ordnung bringen. Ich wünschte ich überhaupt nicht, daß Sie mit meiner Berührung kommen, mir stehen noch andere Ratten auf zur Verfügung. Kommen Sie, wir wollen gehen.“

Der obere Theil der Wohnung bestand ebenfalls aus zwei Zimmern und einer dunklen Kammer, welche der Klown als Aufenthaltsort diente.

Die beiden Zimmer, die durch eine Portiere von einander getrennt waren, entbehrten nicht einer gewissen Wohlthat. Sie waren nicht ohne Eleganz möblirt, indessen merkte man bald, daß Alles, was man hier sah, aus verfallenen Erdböckelstücken stammen mußte.

wendung einer Erneuerung, bezügl. der Arbeit, die bei den Parlamentsfragen, Einigkeit herbeiführen.

Schaar sind geübt, befindet sich in der Amtsbelohnung, die gemeine nächste der lichen (schüler) g ein Bräter erhoben. scharfe Die profitie gegangen läßt. An wie weilar sich die an kann sie m sie hat.

Der 1886/87 h gekommen. nahm ein Schlußum ist. Ein zwar in zugewandelt, als um Erhöhung in Ausicht das Ordnung bedeutendste den Steuern 100 pCt. werden d waltung r auf an die Kontrakt städtischen müssen, auf verwaltung 1 288 329 M die Einna übrigen Ein Einnahmen schüsse zu e Ausgaben das Extra-gabesumme nämlich im 10 958 570 dann folgt die Kapital heblisch geri waltung m 5 282 909 M mit 2 258 2 463 236 M Besoldung ist so klein Straßen un zählt wird. derselben. 532 945 M Etat soll an o.k. In soll ein au

In Klavierspiel und blasen niedergelassen seines Arbeit. „Nun, dem er das „wir könne Sie so warten ließ, es war jedoch nicht meine Schuld. Ich ist Ihnen hier nichts Unangenehmes passiert!“ Frit hat ein paar Ohrfeigen bekommen,“ sagte sie für seine Freiheit gebühren,“ mischte sich ins Gespräch. „Er kann noch mehr erhalten, wenn Sie wünscht.“ Ihr Kopf sank gegen den Ofen, eine gähnende Schläffung machte sich auf ihrem breiten Gesichte bemerkbar, sie seufzte ein paar Mal tief auf, dann schlief sie ein. Der Direktor unterdrückte nur mit Mühe einen Ritt feindseligem, kaltem Blick betrachtete er eine Weile seine Frau. Dann suchte er die Achseln und die Hände der Martha: Sie sind wahrscheinlich Zeugin einer unangenehmen Szene geworden. Nun, hoffentlich sind Sie nicht verletzt. Sie wissen ja, wie manche Frauen sind. Ich werde die Sache übrigens später in Ordnung bringen. Ich wünschte ich überhaupt nicht, daß Sie mit meiner Berührung kommen, mir stehen noch andere Ratten auf zur Verfügung. Kommen Sie, wir wollen gehen.“ Der obere Theil der Wohnung bestand ebenfalls aus zwei Zimmern und einer dunklen Kammer, welche der Klown als Aufenthaltsort diente. Die beiden Zimmer, die durch eine Portiere von einander getrennt waren, entbehrten nicht einer gewissen Wohlthat. Sie waren nicht ohne Eleganz möblirt, indessen merkte man bald, daß Alles, was man hier sah, aus verfallenen Erdböckelstücken stammen mußte.

Louise findet im Klown statt. von Frei. Z aus den Op und „Toub beiden ergr die Klowne

gaben, daß der Hausdiener des Glanzigen Geschäfts schon seit Monaten die beiden Kerle in dem gedachten Raume unbemerkt beherbergte und jedenfalls an deren Raubzügen Theil nahm. Die beiden Individuen wurden festgenommen und nach dem Polizeibureau am Rollenmarkt führt. Der Hausdiener hatte den Vorgang rechtzeitig erfahren und sich aus dem Staube gemacht, wurde aber noch am Nachmittag desselben Tages durch Zufall von einem Angestellten des Glanzigen Geschäfts in der Königsstraße betrogen und ebenfalls festgenommen. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen werden erst künftigen, bei welchen Einbrüchen bezw. Diebstählen das netze Kleblatt sonst noch betheiligt gewesen.

Wie zahlreich die Unglücksfälle in Folge des Glatt-eises am Abend des 17. und in der darauffolgenden Nacht gewesen sind, beweist der Umstand, daß allein in der Sanitäts-wache in der Adalberstr. drei Arm- bezw. Beinbrüche zur Behandlung kamen. Die Verletzten sind: Das Frä. K., Elisabeth- ufer 58, welche ein Bein brach, der in der Mantelstr. 59 wohnende Schlofer A., der sich einen Armbruch zuzog und schließlich der Ingenieur L., Reichbergerstr. 4, welcher sich beim Fall den Daumen der rechten Hand ausbrach und hierdurch entsetzliche Schmerzen auszuhalten hatte.

Seitens der Kriminal-Polizei finden gegenwärtig in Betreff des Ueberfalles des cand. jur. H. in der Nacht zum 15. d. M. am Haleschen Ufer umfangreiche Erhebungen bezw. Ermittlung des rucklosen Attentäters statt, ohne daß es jedoch bis jetzt gelungen wäre, denselben zu ermitteln. Wie die ärztliche Untersuchung ergab, hat H. es nur seiner guten Konstitution zu verdanken, wenn die besten Messerstücke in die Brust nicht für ihn von verhängnisvollen Folgen begleitet sind. Der Kriminal-Polizei wird die Aufgabe, den Thäter zu ermitteln, dadurch sehr erschwert, daß weder andere Personen noch H. selbst in der Lage sind, auch nur den geringsten Anhaltspunkt über das Aeußere des Unbekannten zu geben.

J. Eine wilde Jagd fand am Montag in Britz statt. Ein junger Mann aus Nachhausen bei Königsberg in N. war nämlich in der Jägerstraße nahe einem Metzstomir einem Bauernfänger in die Hände gerathen, welcher ihm vorpicgelte, er könne ihm in Nixdorf die Stelle eines Dieners verschaffen, und ihn einladend, ihn sofort mit seinen Sachen dorthin zu begleiten. Letztere holten beide aus einem in der Frankfurterstraße, nahe dem 44. Polizeirevier, belegenen Hause ab. Zum Glück nahm der Provinzial nicht seine ganze Baarschaft, sondern nur 12 Mark mit. In Nixdorf brachte ihn sein Führer zunächst in ein großes Haus, ersuchte ihn, unten zu warten, weil er erst nachsehen wolle, ob der Chef da sei. Dann kehrte er zurück und erklärte, sie müßten nach Britz, wo der Chef seine Privatwohnung habe. Dabei fragte er, ob ferner ihm nicht 100 Mark wechseln könnte. Schließlich bat er, als ihm der Provinzial über seine „Kassenerhältnisse“ reinen Wein eingegossen habe, um die 12 Mark „bis nachher“, weil er eine Kleinigkeit in einem benachbarten Laden bezahlen wolle. Später fing er plötzlich so schnell zu laufen an, daß sein Opfer Veracht schloß, die seine Sachen enthaltende Kiste hinstellte und ihn einzubolen resp. festzuballen suchte. Der wilden Jagd schloßen sich eine Anzahl Straßenpassanten an. Dessenungeachtet entschloß sich der Betrüger. Der Geprüelte mußte froh sein, als er seine Kiste noch dort vorfand, wo er sie hingestellt hatte.

J. An Festsucht ist kürzlich die 11 Jahre alte Tochter des Konditors G. gestorben. Das Kind war seiner Körperfülle wegen in weiteren Kreisen bekannt und sein Bild war in verschiedenen photographischen Schaulästen als Merkwürdigkeit ausgehängt.

Stechbriefe gegen die betrichtigte Wucherschlepperin Witwe Vogel, Auguste, geb. Radem, vermittelte gewesen Köhler, sowie gegen den Gerichtsvollzieher Ernst Otto Bock hat der Untersuchungsrichter bei dem Landgericht I unter dem 15. Januar erlassen. Als Delikt wird bei der Vogel, welche sich verborgen hält, angegeben wiederholte schwere Urkundenfälschung, Unterschlagung und Betrug, bei Bock, welcher flüchtig ist, Unterschlagung und wiederholte Unterschlagung im Amte. Die Vogel ist 44 1/2 Jahre alt, von untergeordneter Natur, dunkelblondes Haar, hoher Stirn und hat als besonderes Kennzeichen einige vernarbte Schnittwunden an der linken Halsseite. Bock ist 32 Jahre alt. Sollten die Stechbriefe Erfolg haben, dürfte ein äußerst interessanter Prozeß in Aussicht stehen.

Gerichts-Zeitung.

Für die bekannte Konfektionsfirma August Lüders in der Friedrichstraße arbeitete im verflohenen Jahre ein junges Mädchen, deren Angehörige in Potsdam wohnen, Damen-Kostüme und erhielt zur Anfertigung derselben keine größere Feingehalte in ihre Wohnung. Als das junge Mädchen sich eines Tages in Geldverlegenheit befand, versetzte sie die Gegenstände bei einem Fhandeleier. Hieron erhielt Herr Lüders Kenntnis und beantragte die Verhaftung wegen Unterschlagung, worauf die Staatsanwaltschaft die Anklage auf Grund des § 248 des Str.-G.-B. erhob. In dem vorgestern vor dem königlichen Schöffengericht stattgehabten Termine wurde die Angeklagte — entgegen dem Antrage des Staatsanwalts auf eine Zwöckige Gefängnisstrafe — von der Anklage freigesprochen, nachdem der Gerichtshof in die Ansicht des Verteidigers adoptirt hatte, daß das Verpfänden fremder Gegenstände nicht immer eine rechtswidrige Zueignung enthalte, namentlich dann nicht, wenn der Verpfänder die Absicht hatte, die Gegenstände wieder einzulösen und sich bewußt ist, daß er dazu im Stande sein wird. Dies trifft bei der Angeklagten zu, denn sie sei zu ihren Angehörigen nach Potsdam gefahren und habe dieselben zur Vergabe der erforderlichen Geldmittel veranlaßt.

Zahlreiche Tödtung in Folge Genusses trichinösen Schweinefleisches. Eine darauf gerichtete Anklage gelangte gestern zum wiederholten Male gegen den königlichen Förster Hänger aus Rehbergen vor der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zur Verhandlung. Der Angeklagte ist, wie seiner Zeit berichtet worden, wegen obigen Vergehens am 14. Tagen Gefängnis verurtheilt, das Erkenntnis aber vom Reichsgericht aufgehoben worden. Der Angeklagte, welcher sich bis zum vorigen Jahre der Trichinenkrankheit gegenüber ungläubig verhielt, hat in Folge dessen auch die von ihm gesühten zahlreichen Schweine nicht auf Trichinen untersuchen lassen und wurde auch durch den Umstand von seinem Zweifel nicht gehellt, daß im Jahre 1883 der Schlächtermeister Ulrich eines der von ihm gekauften Schweine nach dem Gutachten des Fleischbeschauers für trichinös bezeichnet und Entschädigung verlangte. November 1884 schlachtete der Angeklagte wiederum zwei Schweine zum eigenen Bedarf, ohne dieselben auf Trichinen untersuchen zu lassen. Einen von diesen Schweinen ergielten Schinken machte die Ehefrau des Angeklagten der ihr betreuenden Frau Bahnarzt Dr. Grobnwaldt zum Geschenk. Infolge des Genusses davon erkrankte dieselbe und verstarb darauf; außerdem erkrankte ihr Gemann, während der Assistenzarzt und das Kind des Dr. Gr., die von demselben Schinken gegessen hatten, von jeder Krankheit verschont blieben. Die Obduktion ergab Trichinose als Todesursache. Außerdem erkrankten verschiedene Personen, welche bei dem Angeklagten zu Gast waren und von dem Fleisch der betreffenden Schweine gegessen hatten, an Trichinose. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden dieser Unglücksfälle ließ der Angeklagte seine sämtlichen Fleischvorräthe untersuchen und wurden dieselben als trichinös befunden. Nunmehr hat der Angeklagte sämtliche Vorräthe vergraben lassen. Dies vermochte aber nicht, die obige Anklage und seine Verurteilung von ihm fernzuhalten. Auf die von dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sello eingeleitete Revision hob der zweite Strafsenat des Reichsgerichts das erste Urtheil auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung in die erste Instanz zurück. Der höchste Gerichtshof nahm an, daß der Kausalzusammen-

hang zwischen der Unterlassung des Angeklagten und dem Tode der Frau Dr. Gr. nicht hinreichend festgestellt sei. Namentlich fehle jeder positive Anhalt dafür, daß der Angeklagte von der Vergabe des Schinkens an Frau Dr. Gr. Kenntnis hatte. Nachdem die umfangreiche Beweisaufnahme erneuert worden, plaidierte Staatsanwalt Weichert für Verurteilung des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Sello für Freisprechung desselben. — Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Lüty, war der Auffassung, daß das Reichsgericht nicht so weit gegangen sei, zu verlangen, daß der Angeklagte den Erfolg gerade bei Dr. Gr. voraussehen mußte, sondern daß er als genügend annahm, wenn der Angeklagte die Gefahr der Trichinose kennen mußte und sich bewußt war, daß Personen derselben ausgesetzt wurden. Dieser Gefahr mußte sich der Angeklagte aber bewußt sein, als er nach der von Ulrich erhaltenen Mittheilung es unterließ, die Schweine auf Trichinen untersuchen zu lassen, und er hat sonach auch für die schlimmen Folgen seiner Unterlassung aufzukommen. Aus diesen Gründen mußte die frühere Feststellung aufrechterhalten und der Angeklagte zu vierzehn Tagen Gefängnis verurtheilt werden.

Der frühere Polizeileutnant Erich Niehl war nebst zwei anderen Personen wegen eines am 22. Dezember pr. in der Mittelschen Weinhandlung vorgekommenen Ertrages zu 14 Tagen, die beiden Mitangeklagten zu zwei Monaten und 14 Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Auf die von den Angeklagten eingelegte Berufung wurde bei dem Haupt-Angeklagten die Strafe auf einen Geldbeitrag von 100 Mark herabgesetzt.

Reichsgerichts-Entscheidung. Leipzig, 18. Januar. Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz war der Fleischermeister Ernst August Freitag in Erfurt vom dortigen Landgerichte unter Anklage gestellt, aber am 10. November auf Grund des folgenden Urtheils freigesprochen worden. Am 16. Juli v. J., Morgens nach 5 Uhr, ging der Wirtmeister im städtischen Schlachthaus nach der Wohnung des Angeklagten, fand sie aber noch verschlossen. Erst gegen 6 1/2 Uhr wurde der Laden geöffnet. Der Beamte trat dann in denselben ein und bemerkte sofort einen ekelhaften Geruch, welcher von faulem Fleisch herrührte. Bald wurde auch die Quelle des Gestankes in Gestalt je eines Stüdes Rind- und Schöpfen-fleisch ermittelt und mit Beschlag belegt. Bei der um 9 Uhr vorgenommenen ärztlichen Untersuchung wurde das Rindfleisch als durchaus gesundheitsgefährlich, das Schöpfenfleisch als nicht unbedingt nachtheilig für die Gesundheit erkannt. In der Verhandlung vor dem Landgerichte befandete der als Zeuge vorgeladene Geselle des Angeklagten eidlich, er sei von Freitag angewiesen, jeden Morgen das im Laden befindliche Fleisch zu revidiren und das etwa verdorbene zu entfernen, damit es den Kunden vorgezeigt werde. Zu dieser Zeit seien gewöhnlich noch keine Kunden im Laden gewesen, und wenn es doch einmal der Fall gewesen sei, so hätten sie bis nach Beendigung der Revision warten müssen, ehe ihnen Fleisch verkauft wurde. An dem fraglichen Morgen habe die Revision noch nicht stattgefunden gehabt, die Kunden kämen gewöhnlich erst zwischen 7 und 8 Uhr. Das Gericht nahm deshalb an, daß ein Feilhalten verdorbenen Fleisches nicht stattgefunden habe und erkannte auf Freisprechung des Angeklagten. — Auf Veranlassung der Polizeiverwaltung legte die Staatsanwaltschaft Revision gegen das Urtheil ein und begründete dieselbe folgendermaßen. Wenn das Fleisch am 15. Juli Morgens faul war, so muß es auch schon am Abend vorher, als der Laden den Kunden noch zugänglich war, faul gewesen sein und das Feilhalten wurde am 15. früh, als der Laden geöffnet wurde, wieder hergestellt. Auf den Antrag des Staatsanwalts verwarf aber das Reichsgericht (III. Strafsenat) am 14. Januar die Revision und führte dabei folgendes aus. Es ist eine unrichtige Behauptung, daß die Feststellungen die Ausschließung der Anwendung des § 14 des Nahrungsmittelgesetzes zu recht ritigen nicht geeignet seien. Es ist im vorliegenden Falle festgestellt, daß das Fleisch, um das es sich handelt, gar nicht festgehalten worden sei; hiermit ist sowohl die Anwendung des § 12 als des § 14 ausgeschlossen gewesen. Auch die Behauptung, daß das Gericht die Anwendung des § 14 (sahrlässiges Feilhalten) hätte prüfen müssen, ist unrichtig, denn die Anklage ging nur auf eine Zurechnung gegen § 12 und ein Antrag der Staatsanwaltschaft, diesen § 14 anzuwenden, lag nicht vor. Wenn sodann die Revision der Staatsanwaltschaft noch herbeizieht, daß schon am Tage vor dem Vorfall, welcher Gegenstand der Entscheidung ist, das gesundheitsgefährliche Fleisch feilgehalten worden sei, so ist das ganz unstatthaft, denn hierauf erstreckte sich weder die Anklage noch die Entscheidung.

Vom Duell. Daß außer den Theilnehmern am Duell auch die Mitglieder des sog. „Ehrengerichts“ zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden können, dürfte denjenigen, welche dem Gesetze die gebührende Achtung gewahrt wissen wollen und Gegner des Duells überhaupt sind, angenehm sein zu hören. In Ludwigslust wollten sich zwei junge Doktoren duelliren, aber der eine verstand sich nur auf das Pistolen-schießen, der andere nur auf die Handhabung des Säbels. Die beiden Streitfähigen übertragen nun die Entscheidung bezüglich der Waffe dem „Ehrengerichte“, und dieses bestimmte, daß der Pistolenkundige innerhalb 6 Wochen das Fechten gelernt haben müsse und daß dann das Duell mit Säbeln ausgefochten werden solle. Das geschah dann auch. In der Thätigkeit des Ehrengerichts erblickte das Landgericht in Schwerin eine Beihilfe zum Zweikampfe und verurtheilte die drei Teilnehmer zu je 4 Wochen Festungsarbeit. Die Revision der Angeklagten wurde vom Reichsgericht am 18. Januar verworfen.

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Köpfer Berlins hielt am 17. Januar eine Versammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Rassenbericht vom IV. Quartal 1885. 2. Beschlußfassung über den deutschen Köpfer-Kongress. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. Zum 1. Punkt, Rassenbericht, verlas der Kassirer die vierteljährliche Ein- und Ausgabe des Vereins. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassirer Decharge ertheilt. Wegen Bewilligung der Vorstandsspeisen für eine Vorstandssitzung wurde von einigen Mitgliedern Einspruch erhoben. Die Angelegenheit wurde aber durch den Hinweis auf die hierauf bezüglichen Paragraphen des Statuts erledigt. Die Versammlung genehmigte durch einen definitiven Beschluß für den Vorstand die Speisen mit 50 Pf. für jedes Vorstandsmitglied. Der hierauf erfolgte Einspruch wegen des Gehaltes des Bevollmächtigten fand seine Erledigung dadurch, daß sich die Versammlung für die weitere wöchentliche Entschädigung von 30 M. entschied. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Wahl der Delegirten für den am 1. 2. und 3. März in Berlin tagenden Kongress, wurden die Herren Bornmann, Thiele, Bynalski, Bittsch und Schmidt gewählt, letzterer als Vertreter der Werkstudenarbeiter, jedoch mit der Voraussetzung, eventuell sich durch Herrn Jakob vertreten zu lassen. Ueber den 3. Punkt der Tagesordnung: innere Vereinsangelegenheiten, entspann sich namentlich durch Verlesung eines Briefes aus Charlottenburg eine rege Debatte. Nachdem die Versammlung zu Gunsten eines durch längere Krankheit in Noth gerathenen Mitgliedes die Bornahme einer Zellerammlung, welche 13 M. 55 Pf. ergab, genehmigt, sowie den in Magdeburg streikenden Kollegen 50 Mark bewilligt hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Im Bezirksverein der werththätigen Bevölkerung des Südwesten Berlins, welcher am 18. d. M. in den „Kaiserköllen“ eine Versammlung abhielt, sprach Stadtverordneter Gödt über das allgemeine gleiche, geheime und direkte

Wahlrecht. Der Vortragende wies darauf hin, daß dieses Wahlrecht zugleich mit dem Konstitutionalismus eingeführt, aber später durch das Dreiklassenwahlrecht einfach ersetzt wurde. Durch die Klassenwahlen werde der Arbeiterstand schwer geschädigt. Derselbe habe sich namentlich heute bei dem häufigen, oft schroffen Wechsel des Besitzes aber von der Ansicht emanzipirt, daß größerer Besitz auch größere Intelligenz bedinge. In einem Staate, in dem gleichmäßig Steuern erhoben würden, in dem die allgemeine Wehrpflicht bestände, sei eine Klassenwahl ein Unding. Die arbeitende Bevölkerung sei von der Ueberzeugung der Nothwendigkeit, daß hier weitreichende Reformen am Plage sind, durchdrungen. Das allgemeine Wahlrecht werde von dem Volke als Lebensbedingung betrachtet; dieses verkümmern, heiße die Lebensbedingung des Volkes verkümmern, deshalb habe das Volk ein ausgeprochenes Interesse daran, daß das für den Reichstag geltende allgemeine Wahlrecht unangefastet bleibe und die Pflicht, jeden Versuch, das allgemeine Wahlrecht zu verkümmern, energisch zurückzuweisen. Das allgemeine Wahlrecht sei eine Waffe, zu deren erfolgreicher Handhabung das Volk einer lang-jährigen Erziehung bedürfte. Das Volk war bisher noch nicht geübt im Gebrauche der Waffe, doch sei es erfreulich, zu sehen, daß das Volk immer mehr lerne, das allgemeine Wahlrecht zu gebrauchen und daß die Zahl der Vertreter der Arbeiter im steten Wachsen begriffen sei. Die Geheimtheit der Wahl lasse allerdings noch viel zu wünschen übrig, doch sei zu hoffen, daß die Mängel, die sich in dieser Beziehung herausgestellt haben, beseitigt würden. Auch würde die gleichmäßige Theilnehmung der Arbeiter an den Wahlen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse stark beeinträchtigt, deshalb sei es notwendig, daß der Wahltag auf einen Sonn- oder Feiertag verlegt werde. Dann würde es auch ermöglicht werden, Männer in den Reichstag zu wählen, welche mit warmem Herzen für die Arbeiter eintreten und ihnen eine gesicherte Existenz zu schaffen bemüht sind; dann würde eine würdige Vertretung der Nation zu Stande kommen. Das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht sei der Feind, auf dem das Gebäude der Zukunft aufgebaut werden solle. Je mehr das allgemeine Wahlrecht in Frage gestellt werde, desto mehr müsse davon Gebrauch gemacht werden, zum Besten der arbeitenden Klassen, zum Besten des ganzen Landes. — Eine Diskussion knüpfte sich hieran nicht. Die Erledigung von Vereinsangelegenheiten und des Fragelosen füllte den übrigen Abend aus. Am Schlusse der Versammlung wurde eine Zellerammlung für die streikenden Handarbeiter veranstaltet.

Eine öffentliche Versammlung der Gutarbeiter von etwa 150 Personen besuchte am Sonntag Vormittag 11 Uhr, unter Vorsitz des Herrn Seeger, im Saale des Schützenbaus, Linienstr. Nr. 5. Zweck der Versammlung war die Gründung eines Vereins für die Interessen der in der Gutarfabrikation beschäftigten Arbeiter. Herr Schuhmachermeister Regner referirte über die Nothwendigkeit einer Fachorganisation und den Zweck derselben für die in der Branche beschäftigten Arbeiter. Referent erörterte die Verhältnisse der Zeit, in welcher die Annungen und Kämpfe in der Fabrik standen. Unter den jetzigen Verhältnissen seien dieselben wertlos geworden, durch Einführung von Maschinen auf allen Gebieten eine Ueberproduktion eingetreten ist, wodurch viele Arbeitskräfte überflüssig und der kleine Handwerker durch den Kapitalismus von der Marke verdrängt wird. Im weiteren Verlauf seines Vortrages kritisirte Redner in eingehender Weise die Zuchtanstalten, wodurch die Arbeitslosigkeit noch bedeutend gesteigert wird, welche letztere den Arbeiter vielfach auf die Bahn des Verbrechens dränge. Ueber das Bestreben einiger Handwerkermeister, die Annungen wieder zu verjüngen, äußert sich Referent dahin, daß todte Körper eben nicht wieder lebendig zu machen sind und daß dies auch von den Annungen unter den jetzigen Verhältnissen gilt. Im weiteren Verlaufe wies darauf hin, daß nur in großen Massen erreicht werden könne, was der Einzelne nicht erreichen könne. Er wies ferner auf die Arbeiter-Organisationen Englands, Amerikas, sowie auf die Vereinigung der Buchdrucker Deutschlands. So'che Erfolge seien aber nur Schritt für Schritt zu erreichen. Die Frauen- und Kinderarbeit berührend, wies Redner nach, daß dadurch den Frauen ihr Beruf als selbständigen Kindern aber ihre Jugend verloren gehe. Reicher Lohn lohnte den Referenten. An der Diskussion theilnehmten die Herren Augustin und Weinigel im Sinne des Referenten. Herr Augustin kritisirte die schlechten Verhältnisse der Fabrikbranche, namentlich in der Fabrik der Herren J. und B. in der Köpenickerstraße, woselbst nach Angabe des Redners die Arbeiter mit Titulationen belegt werden, die man im gewöhnlichen Leben für Menschen nicht in Anwendung zu bringen pflegt. Herr Kotal erörterte die Mißstände der Strohhut-Fabrikarbeiter, dem zu bildenden Vereine beizutreten. Eine Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen. In den ausgelegten Listen erklärten sich 128 Gutarbeiter dem Vereine als Mitglieder beizutreten. Herr Seeger forderte die Anwesenden zum Abonnement auf das „Berliner Volksblatt“ als einziges Organ für die Interessen der Arbeiter, auf die Kommission zur Ausarbeitung der Statuten wurde folgende Herren gewählt: Seeger, Kotal, Gause, Weinigel, Stemmler, Albrecht und Baim. Die nächste Versammlung für Montag, den 1. Februar, in Aussicht genommen. Nähere später.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeitermacher hielt am 17. d. M., bei Otto, Adalberstr. 21, Generalversammlung ab, in welcher Herr Prediger emer. Redner einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Werb der Arbeit für die Volkswirtschaft und die Realität“ hielt. Arbeit sei zweckmäßige menschliche Thätigkeit zur Herstellung der verschiedenartigsten Produkte — so begann der Redner — Arbeit ist die erste Tugend, die mit ihr ihrem Wesen nach etwas hochwürdiges. Einem Staate der so viele Millionen umfaßt, wie der der Arbeiter, den Beruf der Unfähigkeit zu machen, sei selbst etwas tief Unerwünschliches. Die Grundlage allen Reichthums sei die Arbeit. Der Arbeiter habe ein Recht, an den Ertrag des Produktes, den er durch seine Arbeit einträgt, einen ihm gebührenden Antheil zu haben, selber zu arbeiten er für andere immer mehr, als für sich selbst thun zu lassen, dabei kein Lebensglück, seine Gesundheit. Es sei Pflicht des Arbeiters selbst, für die Bessergestaltung ihrer traurigen Verhältnisse einzutreten. Leben Sie nicht in dem Aberglauben, daß der Redner der Versammlung zu — daß andere für Sie bessere Verhältnisse schaffen; das wäre Selbstmord! Es ist der Werth der Moral zu allererst von den Arbeitern selbst zur Geltung zu bringen und ist es zu diesem Zwecke notwendig, wie dies in letzterer Zeit in erfreulicher Weise schon geschehen ist, zu sich die Erhöhung des Lohnes, sowie Kürgung der Arbeitszeit die ersten Forderungen, welche die Arbeiter geltend zu machen haben; kämpfen Sie für die Bessergestaltung ihrer eigenen Lage müthig fort und der Sieg wird Ihnen nicht ausbleiben, weil Wahrheit, Recht und Sittlichkeit auf Ihrer Seite sind. An der dem Vortrage folgenden Diskussion theilnehmten die Herren Friedr. Franke und Holz im Sinne des Vortragenden; ebenso wurde eine dementsprechende Resolution angenommen.

Der Verein ehemaliger Schüler der 102. Gemeindevolksschule legt jeden Mittwoch nach dem Ersten und Fünftens jeden Monats, Abends 9 Uhr, im Lokale Kaiser Franz-Wirtshaus, vier-Play 7. Gäste sind willkommen. Verein für Technik und Gewerbe, Mittelstraße 66, Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, Vortrag. Gäste sind willkommen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung vom 19. Januar, 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesrats von Boetticher, von Stephan und Kommissarien.

Die Diskussion der einmaligen Ausgaben des Posttats wird fortgesetzt. Es handelt sich um erste Raten für neue Dienstgebäude in Ludwigslust, Verdau, Allenstein, Bries, Sondershausen und Landsberg an der Warthe, mit einem Gesamtbetrage von 506 400 M., welche die Budgetkommission zu streichen beantragt hat. Die erste Rate für Bries (186 000 M.) und für Sondershausen (50 000 M.) zu bewilligen, wird heute von v. Heydebrand, resp. Lipse beantragt.

Die erste Rate für Ludwigslust wird ohne Debatte abgelehnt. Die für Verdau (im Königreich Sachsen) 60 000 M. als Abg. Kayser gegen den Antrag der Kommission bewilligen, die keine Gründe für ihr ablehnendes Votum angegeben hat, während er als Sachge das Bedürfnis dieses Neubaus genau kennt. Ueberhaupt sollten Neubauten dieser Art lediglich nach dem Verkehrsinteresse beurteilt und nicht aus Sparlichkeit zurückgestellt werden. In diesem wie in allen ähnlichen Fällen sei die Bewilligung auszusprechen. Abg. Klemm äußert sich in Bezug auf Verdau ebenso, ohne dann die Anschauung der Reichspost auszusprechen zu wollen; es gleichen Hamacher, der bereits in der Kommission für Verdau eingetreten ist mit seinem Vorkostlehr von 4 Millionen Mark in Ein- und Ausgängen und 118 000 Telegrammen pro Jahr in einem unzulänglichen Gebäude, während ein besseres zu miethen unmöglich ist. Wie dringend das Bedürfnis ist, erweist dem Abg. Günther die obige Aeußerung Kayser's; die Industrie in dem betr. Theile Sachsens ist in den letzten 10 Jahren rapide und der Postverkehr Verdau's um 171 pCt. gewachsen. Eine Ablehnung in diesem Fall würde alle ähnlichen Bewilligungen unverständlich erscheinen lassen. Abg. Baumbach findet diese ungewohnte Harmonie zwischen Sozialdemokraten und den konservativen Herren aus Sachsen etwas seltsam und vielleicht nicht außer Zusammenhang mit Wahlinteressen. In der Kommission habe Staatssekretär v. Stephan auf die Frage, welche Forderungen dringend notwendig seien, erklärt sie seien alle dringend notwendig; und als man weiter in ihn drang, die allerwichtigsten zu nennen, sie seien alle gleich dringlich. (Heiterkeit.) Dieser Auskunst gegenüber seien Fehlschlüsse in der Entscheidung nicht unmöglich. Herr Kayser werde für Verdau, schließlich aber gegen das ganze Budget stimmen, ein Beweis, daß er nur agitatorische Zwecke verfolge.

Abg. v. Franckenstein: Meine politischen Freunde haben es in der Kommission für Pflicht gehalten, die Kosten für jedes unumgänglich notwendige Gebäude zu bewilligen. Auf unsere Frage erklärte der Herr Staatssekretär, sie seien alle gleich notwendig. Da wir unmöglich alle bewilligen konnten, so blieb nichts Anderes übrig, als einen anderen Maßstab für unsere Entscheidung zu suchen. Wir haben deshalb alle Bauten bewilligt, welche im vorigen Jahre schon gefordert waren, aber alle zum ersten Mal an uns herangetretenden Forderungen abgelehnt. Diese Sparlichkeit hat uns bei der Abstimmung gelehrt, namentlich mit Rücksicht auf die gebotene Schonung der Steuerzahler.

Direktor im Reichspostamt Fischer: Die Bewilligung eines reichseligen Postgebäudes in Verdau gebührt zu den allerdringendsten Bedürfnissen, der Ort ist der Mittelpunkt der sächsischen Weberei. Ein Wall von Schornsteinen kennzeichnet ihn schon von Weitem als Industriepfad. Trotzdem befindet sich die Post noch in dem Hause, das vor 25 Jahren gemietet wurde und schon damals nur gerade genügt. Selbstverständlich ist der Verkehr gewaltig über die damaligen Verhältnisse hinausgewachsen. Nach dem Bericht des Oberpostdirektors in Leipzig würde die fernere Benutzung des nur 114 Quadratmeter umfassenden Grundstückes unzureichend von nachtheiligsten Folgen für die Gesundheit der Beamten begleitet, auch das Publikum selbst bei seinem Verkehr in der Postanstalt gefährdet sein. Deshalb erklärt jener Beamte die Diensträume für unzulänglich und mangelhaft und unter allen ihm unterstellten Postämtern das von Verdau als der Abhilfe unabweisbar bedürftig. Wenn Herr v. Franckenstein absolut Nothwendiges zu bewilligen entschlossen ist, so bietet sich hier sicherlich die geeignete Gelegenheit.

Berliner Theater.

Louisenstädtisches Theater.

W. L. „Die lustigen Weiber von Windsor“ produzierten sich zum Benefiz für die Koloraturfängerin Fräulein Minnie Frey in dem Lustentempel der Dresdenerstraße und gaben den Mitgliedern dieser Bühne aufs Neue Gelegenheit, den Beweis zu liefern, daß sie sich auch den größten Anforderungen gewachsen fühlen.

Der Dichter hat Zustände und Charaktere in der denkbar marantesten Weise gezeichnet und es sind daher die besten Kräfte erforderlich, wenn die Darstellung seinen Intentionen entsprechen soll.

Trotzdem wußten die Mitwirkenden die Originale bis in die kleinsten Details getreu zu kopiren: Fräulein Frey war ganz die liebenswürdige und lebenslustige Frau Luth, während ihr Gatte, Herr Reich, den bis zum Wahnsinn eifersüchtigen Chemann nicht minder gut zum Ausdruck zu bringen vermochte. Fräulein Wichmann, welche aus Gefälligkeit für die Benefiziantin als Frau Reich fungierte, stand der von dem Gatten so eifersüchtig überwachten Frau Luth recht passend zur Seite und das Zusammenwirken der Beiden war nach jeder Richtung ein vortreffliches.

Der bramarbasirende Schlemmer Sir John Fallstaff, welcher sich in jede Frau verliebt und sich von jeder Frau geliebt glaubt, obgleich sein Schmeichele, wie überhaupt, seine Gesamtfigur den abschreckendsten Eindruck hervorbringt, während seine Mäuren unwillkürlich alle Zuschauer in Bewegung setzen, wurde in unübertrefflicher Weise von Herrn Reinecke wiedergegeben. Der Künstler merkt, daß er von den Weibern nur genarrt wird und sich daher arglos in den Walfisch packen läßt, um ins Wasser geschmetert zu werden, der dann zum zweiten und zum dritten Male in die Falle geht und schließlich unter dem Hohnlach der gesamten Gesellschaft als Narr und

Abg. Kayser: Trifft uns deshalb ein Vorwurf, wenn wir für einzelne Positionen eintreten und doch das gesammte Budget nicht annehmen? Durch Annahme oder Ablehnung des Etats bei der Gesamtabstimmung drückt man überall sein Vertrauen oder Mißtrauen gegenüber einer Regierung aus, unsere Spezialabstimmung hat also damit gar nichts zu thun. Sie haben ja genau ebenso gehandelt. Sie von der deutsch-streikfälligen Partei stimmten vielfach gegen einzelne Bestimmungen des Krankenlassen- oder Unfallversicherungsgesetzes und haben dasselbe schließlich doch in seiner Gesamtheit, wie es eben war, angenommen. Wenn Herr v. Franckenstein erst dann neue Positionen zu bewilligen bereit ist, wenn sie schon einmal im Etat gestanden, aber nicht die Genehmigung erlangt haben, so nenne ich das eine Art von Versteckspielen; dann werden eben künftig die gesammten Forderungen auf derartige Schemata zugeschnitten. Man kann es mir doch nicht verargen, daß ich hier für Verdau gerade das Wort ergreife, ich kenne eben die dortigen Verhältnisse genau und deshalb kann ich mich nur eingehend für die Nothwendigkeit des Postamtbau's verwenden. Ich würde aber auch ebenso für Ludwigslust eingetreten sein, ebenso wie ich gegen die übrigen Streichungen stimmen werde. Die Hauptsache aber ist: es wird gar nichts erspart, wenn weiter das Miethelokal beibehalten wird, deshalb bewilligen Sie am besten gleich den Neubau.

Abg. v. Köller: Der Herr Abg. Klemm hat zwar gesagt, er spreche nur für seine Person, er hat aber doch voll und ganz die Ansicht derer getroffen, welche von unserer Fraktion in der Kommission gesehen haben. Wir werden auch heute für die Bewilligung des Postgebäudes von Verdau stimmen, weil wir die vorgebrachten Gründe für zutreffend, die Verhältnisse für dringlich halten.

Die Position wird mit 111 gegen 93 Stimmen, entgegen dem Vorschlage der Budgetkommission, bewilligt.

Dem Antrage der Kommission, 70 000 M. als erste Rate für ein neues Postgebäude in Allenstein zu streichen, tritt das Haus bei, trotz des Antrags des Abg. Borowski auf Bewilligung und der starken Zunahme der Bevölkerung in Allenstein, auf welche der Direktor im Reichspostamt Fischer hinweist.

Für Bries tritt Abg. v. Heydebrand mit seinem Antrage auf Bewilligung der ersten Rate (136 000 M.) ein; zwei Petitionen schildern die Räumlichkeiten für das Publikum und den Geschäftsverkehr als absolut unzureichend, und der Bad- und Annahmeraum ist so beengt und klein, daß eine prompte Abfertigung des Publikums unmöglich ist.

Abg. Baumbach: Es liegt auch eine Petition gegen den Neubau vor. Interessant ist übrigens die Stellung, zu der die Sozialdemokraten inzwischen gelangt. Bei der Ausweklungsfrage war nach Herrn v. Hammerstein der Abg. Liebnecht der Führer der Majorität; heute scheint Herr Kayser die Führerschaft der Majorität übernommen zu haben. Dadurch scheint sein Selbstbewußtsein etwas gesteigert zu sein. (Heiterkeit.)

Direktor im Reichspostamt Fischer bestätigt aus eigener Anschauung, daß der Zustand in Bries unheilbar ist. Für eine so große und industriereiche Stadt sind die Posträume einfach jammervoll. Die zuletzt erwähnte Petition stellt diese Mängel auch gar nicht in Abrede, sondern richtet sich nur gegen die Wahl des Bauplazes mit Unrecht, denn einen besseren giebt es dort nicht.

Abg. v. Köller: Es ist doch ein großer Unterschied, ob die Sozialdemokraten in einer einzelnen Angelegenheit aus sachlichen Gründen mit der Mehrheit gehen, oder in prinzipieller Opposition unter der Führung Liebnecht's aggressiv gegen die Regierung vorgehen.

Abg. v. Heydebrand: Die Kaufmannschaft Bries hat sich für den Bau erklärt. Das beweist mehr als die von Baumbach erwähnte Petition.

Die Position wird nach dem Vorschlage der Kommission abgelehnt.

Zur Herstellung eines Dienstgebäudes in Sondershausen, erste Rate 50 000 M., beantragt die Kommission zu streichen.

Die Abg. Lipse und Meyer (Zena) beantragen, die Position, welche in der Kommission nur mit Stimmengleichheit abgelehnt ist, zu bewilligen. Die jetzigen Posträume seien vollkommen unzulänglich, außerdem handele es sich nicht um die Errichtung eines Prachtbaues, sondern eines einfachen zweistöckigen Gebäudes. In diesem Falle wäre also Sparlichkeit falsch angebracht.

Bramarbas entlarvt wird, so gut, daß die Zuhörer zu einem wahren Beifallsstürme hingerissen wurden.

Fräulein Schwärze legte als Jungfer Anna Reich wieder Proben ihres unstreitig großen künstlerischen Talents ab, hingegen ließ die Stimme ihres Liebhabers Fenton (Herr Lelel) Einiges zu wünschen übrig, was vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß derselbe nicht gerade zu disponirt war, wie das bekanntlich auch dem besten Künstler passieren kann.

Der Benefiziantin wurden eine große Anzahl Kränze überreicht, ein Beweis, wie sehr sich dieselbe die Sympathien des Publikums erworben hat.

Wie wir hören, wird demnächst wieder die Post ihren Einzug ins Louisenstädtische Theater halten und es soll zunächst eine Novität: „Abrahadabra“ zur Aufführung kommen. Es ist nun zwar recht erfreulich, daß die jetzigen Kräfte der Bühne auch ferner angehören werden, aber andererseits wäre es sicherlich doch von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen, wenn die Oper auch ferner das Repertoire beherrschte hätte.

Berlin besitzt außer dem königlichen Opernhause kein Institut, welches sich die Aufführung von Opern zur Aufgabe gestellt hat und da das Opernhaus, abgesehen von seiner Abgelegtheit, schon wegen seiner verhältnismäßig hohen Eintrittspreise dem Handwerker und Arbeiter nicht zugänglich ist, so würde es gewiß mit Freuden zu beargen gewesen sein, wenn das Louisenstädtische Theater die Opervorstellungen fortsetzt und dadurch auch den minder begüterten Gelegenheiten zu einem wahren Kunstgenuss gegeben hätte.

Es mag zutreffen, daß die Opernaufführungen nicht so besucht worden sind, wie es dem Aufwande nach nöthig war. Aber der Grund hierfür dürfte schwerlich in dem fehlenden Kunstgenuss des Publikums, sondern vielmehr in der wirtschaftlichen Lage im Allgemeinen zu suchen sein, welche es dem kleinen Mann nicht ermöglicht, einer derartigen Erholung nachzugehen. Wir glauben daher, daß auch die Post keine besseren materiellen Erfolge zeitigen wird.

Staatssekretär v. Stephan: Während sonst bei Reichsbauten und namentlich bei Reichspostbauten über all's Maß hinausgehende Forderungen für den Grund und Boden gestellt werden, wohl in der allgemein verbreiteten Meinung, die Post habe einen sehr großen Geldbeutel, erleben wir hier zum ersten Male in erfreulicher Weise das Gegentheil. Durch das freundliche Entgegenkommen der Regierung in Sondershausen ist es der Reichspostverwaltung gelungen, einen vorzüglich gelegenen, gut abgetheilten Bauplatz von 1100 Quadratmeter für 6000 M. zu erwerben. Die gesammten Baukosten betragen nur 102 000 M. Es ist auch sehr fraglich, ob wir später so blühe Arbeitslöhne werden zahlen können, wie jetzt. Hiernach zweifle ich nicht, daß die Majorität diese Forderung bewilligen wird.

Die Position wird mit geringer Mehrheit bewilligt. Auf den Antrag der Kommission werden weiter 127 400 M. zur Erwerbung eines Grundstücks in Landsberg (Warthe) gestrichen.

In Konsequenz aller dieser Abstriche werden in den Einnahmen in Tit. 6 von den in An'ay gebrachten 200 500 M. für den Erlös von verkauften Grundstücken u. 9600 M. abgesetzt.

Die zum Postetat eingegangenen Petitionen werden durch die gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Der Etat der Reichsdruckerei wird ohne Debatte genehmigt.

Damit ist der Postetat erledigt, worauf der Handels-, Schiffahrts- und Konfularvertrag mit San Domingo vom 30. Januar 1885 in erster und zweiter Lesung bewilligt wird.

Den Etat des Auswärtigen Amtes hat die Kommission unverändert zu genehmigen vorgeschlagen. (Referent Hammacher.)

Das Haus bewilligt bei den ordentlichen Ausgaben ohne Debatte unter Andern folgende Mehrforderungen: Für vier ständige Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt zusammen 22800 M.; Zulage für den Gesandten in Madrid an Repräsentationskosten 9000 M.; desgleichen für den Gesandten in Tokio 15 000 M.; für ein neues Generalkonsulat in Kalkutta 48 000 M.; und für einen Vizekonsul im Piraus 10 000 M.

Zur Subvention des zoologischen Instituts des Dr. Dohrn in Regelp werden wiederum wie in früheren Jahren 30 000 M. bewilligt.

Zur Einleitung der Maßnahmen, welche zur Durchführung der dem Reich in den Schutzgebieten von Kamerun, Togo und Angola Bequena zufallenden Aufgaben nöthig sind, sowohl zur Remunerierung von Beamten, wie zur Ausführung unbedingt erforderlicher Bauten wird im Ganzen ein Pauschquantum von 300 000 M. gefordert, um 52 000 M. mehr als das im vorigen Jahre, hauptsächlich weil in Liberia ein Gouverneurhaus zu bauen ist.

Abg. Windhorst: Ich werde vielleicht in dritter Lesung die Ablehnung der Mehrforderung beantragen, nicht wegen meines Standpunktes in der Missionsfrage, sondern weil man für das Gouverneurhaus noch keinen passenden Bauplatz gefunden hat, und wir so wenig substantielle Bewilligungen hier nicht aussprechen dürfen. Ich würde von einem solchen Antrag nur dann absehen, wenn die Regierung uns jetzt ausdrücklich erklärt, daß die hier geforderte Summe auf das folgende Etatsjahr nicht übertragbar ist, daß also, wenn sie im Jahre 1886/87 nicht verwendet wird, für 1887/88 ihre neue Bewilligung erforderlich wird. In der Missionsfrage behalte ich mir vor, wenn bis zur dritten Lesung von der Regierung keine beruhigende Erklärung abgegeben ist, zu beantragen, daß der Reichstag die Erwartung aussprechen möge, daß die in der Kongoakte generell für das Missionswesen aufgestellten Grundsätze auch in den deutschen Schutzgebieten angewendet werden. Will denn von allen Staaten, die Kolonien haben, Deutschland allein intolerant sein?

Abg. Schrader: Da wir die Beamten für die Kolonien einmal bewilligt haben, so müssen wir nun auch sorgen, daß sie dort wohnen können; ich bin also für Genehmigung der Mehrforderung mit der Maßgabe, daß ihre Nichtübertragbarkeit auf den folgenden Etat hier ausgesprochen wird. Darüber daß Angola Bequena und auch Kamerun nur wenig Werth haben, sind wir wohl nun alle bald einig; indessen das einmal Geschehene müssen wir anerkennen. Ich wünsche übrigens wohl, daß man bald damit beginnt, die Kaufleute, die in den Kolonien Handel treiben, mit zu den Kosten der Kolonialverwaltung heranzuziehen. Die Herren würden dann wohl etwas vorsichtiger und nicht mit solchem Ueberflusse vorziehen, wie dies in jüngster Zeit mehrfach geschehen ist. Die Regierung muß durchaus innerhalb des vom Reichsanwalt für die Kolonialpolitik aufgestellten Rahmens, der bereits mehrfach überschritten ist, bleiben.

Abg. Boermann: Ich konstatire zunächst gegenüber einer Aeußerung des Abg. Richter vom November v. J., wonach der Hauptimportartikel für Kamerun Brantwein sein sollte, daß von dem Gesamtimport von Europa nach Kamerun über 50 pCt. aus Baumwollenwaaren bestehen; daß ferner 38 bis 40 pCt. Waaren der verschiedensten Art, und nur 10 bis 12 pCt. Brantwein sind. (Hört, hört!) Die Behauptung des Abg. Richter war also eine arg Uebertreibung. Den Brantweineport ganz aufzugeben, nachdem er einmal begonnen ist, dürfte nicht angänglich sein; der Brantweinhandel dorthin existierte übrigens schon lange, ehe deutsche Firmen dort Handelsbeziehungen hatten; und wenn dieser Handel einmal absolut verdrängt sein soll, warum gestattet man ihn denn in Deutschland selbst? Uebrigens berichten Reisende einstimmig, daß man in unseren Kolonien außerordentlich wenig Trankens begegnet. Was die Frage betrifft, ob in den Kolonien Export- und Importzölle einzuführen seien, so meint zwar der Missionsinspektor Zahn, daß Wohl der Bevölkerung erhebliche einen Importzoll, namentlich für Brantwein; ich erinnere jedoch u. A. daran, daß man dann auch zahlreiche neue Beamte dorthin schicken und besolden müßte. Die betheiligten Firmen haben sich stets bereit erklärt, nach Kräften zu den dem Reich aus der Kolonialverwaltung erwachsenden Kosten beizutragen, nur wird dies für die nächsten Jahre noch nicht angeden, da die bedeutenden eingetretenen Veränderungen in der nächsten Zeit eher eine Störung im Handel, als einen Aufschwung herbeiführen werden. Bisher wurde zum Beispiel in Kamerun noch vielfach Tauschhandel ohne feste Maße und Gewichte getrieben; das hört jetzt wesentlich auf und bedingt zahlreiche Umdenkungen im Handelsverkehr. Später, nach Ueberwindung des Uebergangsstadiums, hoffe ich allerdings, daß der Handel mit den Kolonien sich beleben und ausdehnen wird. Man hat uns ferner vorgeworfen, daß wir die Verwaltung der Kolonien nicht selbst in die Hand nehmen, sondern sie dem Reich überlassen. Bedenken Sie aber, daß die Schutzgebiete nicht etwa von einer einzigen Gesellschaft okkupirt sind, sondern daß die dortigen Handelsfirmen vielfach entgegengesetzte oder miteinander konkurrierende Interessen haben, und daß wir auch mit den dort vertretenen englischen Firmen rechnen müssen. Außerdem bewahren sich die deutschen Verwaltungseinrichtungen in Kamerun aufs Beste. Der Chef

einer englischen Firma hat kürzlich geäußert, daß gegenüber den Verhältnissen an den übrigen Flußmündungen in Ostafrika ihm Kamerun wie ein Paradies vorleuchte. (Hört, hört!) Eine Gesellschaft hat sich gebildet zum Plantagenbau dort; ob sie reussiert, das hängt davon ab, ob es gelingt, freie Arbeiter in genügender Zahl zu gewinnen. Ich hoffe, das wird möglich sein und die guten Folgen werden dann bald auch auf Deutschland selbst nützlich zurückwirken. Wenn wir sehen, wie vortrefflich unsere Beamten in Kamerun getriebene Verhältnisse jetzt schon angebahnt haben, mit welcher Pünktlichkeit und Energie die Verwaltung gehandhabt wird, trotz wiederholter Krankheit der Beamten, dann wundern wir uns nicht, daß diese Herren sich bei allen Eingeborenen, sowie bei den englischen und deutschen Firmen der größten Achtung erfreuen; und wir können in aller Ruhe die heutige Position bewilligen. Ich hoffe, daß das, was von deutscher Seite in Afrika geschieht, nicht nur den Zweck erfüllen wird, der deutschen Industrie ein neues Feld zu eröffnen, sondern daß die dort erreichten Erfolge auch dem deutschen Namen Ehre machen werden. (Beifall.)

Staatssekretär v. Boetticher: Die Regierung hat bis jetzt keinen Anlaß, von den Zielen abzugeben, die der Herr Reichskanzler für erstrebenswert auf dem kolonialen Gebiet bezeichnet hat. Ich möchte heute nur sagen, daß die Frage der Uebertragbarkeit sich wohl leicht erledigen läßt, Sie haben daher die Position anstandslos bewilligen können. Vielleicht hätte man richtiger diese Position geteilt in eine persönliche für die Beamten und eine sachliche für die Bauten. Dann wäre der persönliche Fonds unzweifelhaft nicht übertragbar und der sachliche übertragbar. Daraus aber, daß der Fonds der Regierung als Kaufquantum bewilligt, und ihr also auch die ganze Verantwortlichkeit für die Verwendung zugeschoben wird, schließt ich, daß die Regierung eine Uebertragung der Fonds auf das nächste Jahr sowie vornehmen darf, als ob sich um die Weiterführung einmal begonnener Bauten handelt. Wenn also das Gebäude in Angra Pequena im Jahre 1886/87 zwar angefangen, aber nicht vollendet wird, so würde die Regierung mit dem Rest des heute bewilligten Fonds den Bau im Jahre 1887/88 weiterführen können; wird dagegen der Bau im Jahre 1886/87 überhaupt nicht begonnen, so meine ich, ohne präjudizial sein zu wollen, daß die Regierung dann die für das Gebäude nötige Summe von neuem vom Reichstag müßte bewilligen lassen. Wollte man noch weiter gehen und den Fonds für alle Fälle und in vollem Umfang unübertragbar machen, so würde die Schwierigkeit entstehen, daß die Regierung das Bedürfnis für das folgende Jahr garnicht rechtzeitig in den Etat einstellen könnte, da die Anordnungen so immer erst im Mai des folgenden Jahres zum Finalabschluß gelangen. Ich bitte, bewilligen Sie den Fonds; baut die Regierung in diesem Jahre nicht aus dem Fonds, so wird sie für die Gebäude, die sie jetzt nicht baut und die sie gleichwohl im nächsten Jahre zur nothwendigen hält, die volle Summe in den nächsten Etat einstellen; damit kann sich wohl der Reichstag vollständig befriedigt erklären.

Abg. Windthorst: Ich wünsche Herrn Voermann, daß alle Hoffnungen, die er an die Entwicklung von Kamerun geknüpft, in Erfüllung gehen mögen. Aber ich habe auch von ihm gehört, daß bis jetzt noch nichts erreicht sei. Er sagt, daß in den wenigen Monaten, in denen eine geordnete Verwaltung in Kamerun bestünde, noch nicht viel habe erreicht werden können; aber es lasse sich doch erkennen, wie das Rechtsgefühl der einheimischen Bevölkerung sich festgesetzt habe. Ist das der Fall, so beneide ich Kamerun darum; hätten wir sie in Deutschland gehabt, so würde manches nicht passiert sein. (Weiterkeit.) Die Summe, um die es sich hier handelt, ist übrigens ein Kaufquantum. Sie ist in dieser Form bewilligt, um uns den Rückzug zu erleichtern, wenn die Sache nicht gehen sollte. Sehr interessant war mir die Bemerkung Voermanns, daß Kamerun sich für den Plantagenbau eigne. Er hält diese Kolonie also für die deutsche Einwanderung geeignet. (Rufe: Nein!) Ich konstatiere, daß durch diesen Zwischenruf festgestellt ist, daß auch Kamerun kein geeignetes Terrain für die deutsche Einwanderung ist. Was die Brantweinimportfrage betrifft, so bin ich mit Herrn Zahn einverstanden. Derselbe ist ein erster Mann, der gewiß nicht, zumal in Bremen, wo es so viele Sachverständige dafür giebt, Behauptungen hätte aufstellen können, die so schlecht begründet sind, wie Herr Voermann uns das dargestellt hat. Ich lasse daher zunächst Herrn Zahn das Wort, ehe ich mich in dieser Angelegenheit entscheide. Schon jetzt aber kann ich sagen, daß ich den Brantwein für eine schlechte Vorbereitung der Zivilisation ansehe. Wenn das Brantweinmonopol geschaffen werden sollte, so müßte dafür gesorgt werden, daß der Brantweinexport in Kolonien ausbleibe. (Abg. Richter: Darum wird es ja geschaffen!) Mir ist übrigens gesagt worden, daß von allen Exportartikeln der Brantwein der wesentlichste und ausbringendste sei.

Abg. Richter beantragt, die Position nochmals an die Kommission zur Prüfung der Frage der Uebertragbarkeit oder Nichtübertragbarkeit zurückzuweisen. Die Auslegung der Frage seitens des Staatssekretärs v. Boetticher steht einzig da. Die Uebertragbarkeit einer Position ist eine Ausnahme von der allgemeinen Regel, daß die Ausgaben für ein einzelnes Jahr bewilligt sind, und sie ist nur da vorhanden, wo dies im Etat ausdrücklich vermerkt ist. Hier steht kein solcher Vermerk, es kann also keine Uebertragung stattfinden weder im Ganzen noch für einzelne Theile. Dies müßte in einem schriftlichen Bericht klar ausgesprochen werden. Uebrigens liegt die Frage hier wesentlich anders wie in Kamerun und Logo. Für Angra Pequena ist eine Schutzherrschaft etabliert, „fürstliche Kaufleute“ sind mit der Regierungsgewalt vertraut. Zunächst wäre es Sache dieser fürstlichen Kaufleute, dem kaiserlichen Gouverneur, der sie mit ihrer Gegenwart beehrt, eine anständige Wohnung zu schaffen. In englischen Aktienstücken ist über ähnliche Fälle ausdrücklich vorgesehen, daß der Gehalt des Gouverneurs zu zahlen. Der Voermann hat sich an meine Adresse gewandt, in Wirklichkeit aber an die Adresse des Konsultationssekretärs Zahn, auf den ich meine Behauptungen stütze. Auf dem Bremer Kongreß der Missionsgesellschaften ist von einer bestimmten Statistik in Bezug auf die Brantwein-Ausfuhr nach Westafrika nicht die Rede gewesen, dagegen wurde hervorgehoben, daß dorthin Spirituosen mit gesundheitsschädlichen Stoffen ausgeführt werden, und eine amtliche Untersuchung des ausgeführten Brantweins auf Grund des Nahrungs-mittelgesetzes gewünscht. Darauf hatte ich in der ersten Berathung hingewiesen. Ueber diesen Punkt hat sich aber Herr Voermann nicht geäußert, und wenn er meint, der Brantwein, der dorthin verkauft würde, sei so gut wie der hier verkaufte, so muß er selbst wünschen, daß festgestellt werde, wie der Brantwein, der den Negern dorthin verkauft wird, eigentlich beschaffen ist. (Weiterkeit.) Ich messe den Missionaren in dieser Sache mehr Autorität zu als Herrn Voermann, weil sie keinen Brantwein dorthin verkaufen. Herr Voermann ist Interessent in der Sache. Jeder Kaufmann lobt seine Waare, und ich nehme es Herrn Voermann nicht übel, daß er seinen Brantwein lobt. Die Missionare sind um so mehr Autorität, als sie sonst der Kolonialpolitik freundlich gesinnt sind. Herr Voermann meint, wenn in Europa, in Deutschland der Brantweinhandel nicht verboten sei, so brauche er auch in Kamerun nicht verboten sein. Deutschland ist zum Glück nicht Kamerun. Das Klima ist dort ganz anders. Der Reichskanzler hat gerade die Kälte der Witterung an den norddeutschen Küsten für den Brantweinconsum bel und angeführt. In Kamerun aber soll es nach Allem, was wir von dort hören, sehr heiß sein (Weiterkeit) und darum der Brantweinconsum besonders schädlich und zerstörend wirken, namentlich auf die Gesundheit der

Eingeborenen, die Herr Voermann zur Arbeit und Bioifikation herangezogen wissen will. Ich möchte aber dem Herrn Reichskanzler ein Komposition in dieser Frage vorschlagen. Möge er uns in Deutschland mit dem Brantweinmonopol verschonen und es in Kamerun einführen (Weiterkeit), die deutsche Industrie nicht fördern und nur Herrn Voermann und dessen Geschäftsfreunde in Kamerun fördern. Dort ist vielleicht das kaiserliche Monopol im Interesse der Bioifikation und Gesundheit der Bevölkerung sehr nutzbringend, während es für uns absolut nicht paßt. Wenn der dortige Gouverneur sich wirklich, wie Herr Voermann meint, der besonderen Achtung der Eingeborenen, Engländer und Deutschen erfreut, wie kommt es dann, daß ein Diener des Gouverneurs, ein Garde-Unteroffizier von Berlin, die Negers mit Kavalierklarinetten und scharfen Patronen einläßt? Eine Dampfbaraffe ist dorthin noch unterwegs, wo sie liegt, weiß man nicht, sie „kipplet“ bedenklich. (Weiterkeit.) Herr Voermann hat Kamerun als Paradies geschildert, allerdings nicht in Bezug auf den Geldverlust. Ich möchte es das Paradies nach dem Sündenfall nennen. Aus dem ersten Paradies wurden die Menschen vertrieben, in dieses Paradies sollte kein Europäer gehen. Der Herr Staatssekretär versicherte uns, daß die Stellung des Reichskanzlers in Bezug auf die Kolonialpolitik eine unerbitterte sei. Wie reimt sich nun mit dieser Erklärung die letzte Flaggenaufhissung auf den Marshall-Inseln? Herr Boetticher hatte uns versichert, es sollten nur solche Kolonien erworben werden, für welche die eingetragenen Kaufleute die Schutzherrschaft übernehmen. Auf den Marshall-Inseln ist die Firma Hensheim angefahren. Diese hat nach der offiziellen Besse für die Karolinen-Inseln jede Schutzherrschaft abgethan und wird in Folge dessen von der offiziellen Presse Nürnberger Pfeffer als titulirt. Wie steht es nun mit der Hoheit auf den Marshall-Inseln? Denkt die Regierung anders als in Bezug auf die Karolinen-Inseln? Nimmt sie hier eine andere Stellung ein, so steht das im Widerspruch mit den Bemerkungen des Reichskanzlers über die Kolonialpolitik. Auch in dieser Beziehung ist eine Ausklärung in der Kommission erwünscht.

Abg. Stöcker: Herr Windthorst hat gemeint, wenigstens es durchblicken lassen, es sei bedenklich, für andere als Auswanderungskolonien Geld zu bewilligen. Das halte ich für falsch, andere Nationen betrachten gerade ihre Pflanzungs- und Handelskolonien als ihre Juwelen, und man würde die Debatte verwirren, wollte man sagen, daß nur die Auswanderungskolonien einer Reichszuwendung werth seien. Kamerun ist sicherlich zur Auswanderung nicht geeignet. Gegenüber dem von Windthorst erhobenen Vorwurf der Intoleranz protestantischer Missionare erachte ich es für geboten, im Namen des Deutschen Reiches dagegen zu protestieren. (Oho! im Centrum.) Wollen Sie mit mir in eine Diskussion darüber eintreten, ob die katholischen Missionare oder die protestantischen intolerant gewesen sind? (Rufe aus dem Centrum: Ja wohl!) Ich glaube, es ist nicht im Interesse des Reiches, festzustellen, wo die größere Intoleranz liegt, ich werde Herrn Windthorst den Beweis liefern, daß die größere Intoleranz auf Seite französischer Katholiken gelegen hat. (Widerpruch im Centrum.) Herr Voermann hat, glaube ich, die Glaubwürdigkeit des Referenten auf der Bremer Missionskonferenz ohne Glück in Zweifel gezogen. Die Konferenz hat die genauesten Nachrichten von den Negern im Westen Afrikas und ich, glaube ich, kompetent über die Quantität und Qualität des dort vertriehenen Brantweins. Herr Voermann braucht sich nicht wundern, daß das Publikum über seine Aeußerungen unruhig geworden ist, er verdankt es seinen eigenen Aeußerungen vom vorigen Jahre. Da hieß es: „Sollen wir aus reiner Liebe zu den Negern, die doch noch nicht unsere Brüder sind, einen großen Geschäftszweig unterbinden; ich glaube, daß es hier und da, wo man Bioifikation schaffen will, scharfer Reizmittel bedarf.“ Ich protestire gegen diese Worte als unrichtig und inhuman. Die Negers werden doch nicht erst dadurch unsere Brüder, daß sie deutsche Unterthanen werden, sondern sie sind es immer gewesen. Daß wir aus Liebe zu ihnen einen Geschäftszweig einschränken, der sie ruinirt, finde ich selbstverständlich. Der Schnaps als Reizmittel zur Bioifikation ist unerhört. Diese Aeußerungen haben zum Theil Unwillen hervorgerufen. Nichts wirkt bekannlicher verderblicher auf die unglücklichen Völker, als der Brantweinimport. Deshalb ist der Reichskanzler der Herren in Bremen auch da Haus gerechtfertigt, um den Reichstag und das ganze Volk aufmerksam zu machen. Wir sind erst kurz in die Kolonialpolitik eingetreten und ich glaube wohl, von dem humanen Geiste unseres Volkes erwarten zu dürfen, daß es den Fehler vermeidet, den es anderen Völkern vorgeworfen hat: die Ausbeutung der fremden Völker. Diejenigen, welche unsere Unterthanen werden, vor jeder moralischen und physischen Gefahr zu behüten, daß sie unsere heilige Pflicht.

Abg. Voermann: Wenn die Herren Stöcker und Richter gemeinsam ansetzen, dann mag es schwer sein, sich zu verteidigen. (Abg. Richter ruft: Wenn sie Recht haben!) Herr Windthorst bemerkt ich zunächst, daß ich nicht gesagt habe, das Rechtsgefühl der Negers habe bereits die Oberhand gewonnen, sondern es werde im Laufe der Jahre durch Bestrebungen der Beamten die Oberhand gewinnen, auch habe ich nicht von freien Arbeitern aus Europa gesprochen, sondern von freien schwarzen Arbeitern im Gegenlage zu Sklaven. Niemals habe ich ferner angedeutet, daß Kamerun ein Land für Auswanderung sei, ich habe im Gegentheil vor Einwanderung dorthin gewarnt. Es ist ferner ein Irrthum, wenn Herr Windthorst meint, es sei nur ein Hasen da, es giebt schon jetzt deren drei oder vier. Was die gesundheitschädlichen Stoffe betrifft, so weiß ich ja, daß Sie mir nicht glauben, Sie haben es ja gesagt. Herr Richter und Herr Stöcker, und vielleicht haben Sie Recht, um nicht zu glauben, weil ich Interessent bin; es giebt aber auch Interessenten, welche die Wahrheit sagen (Bustimmung), und ich kann Ihnen nur sagen, daß nur gute Waare eingeführt wird. Ich stelle Herrn Stöcker und Herrn Richter gern Proben zur Verfügung. (Weiterkeit.) Wenn die Missionare sagen, daß die Waare schlecht sei, so haben sie sie nicht probirt; sie haben sich so stets geweigert. Wenn der Richter eine Untersuchung der Waare wünscht, so pflichte ich ihm gern bei. Thatsache ist, daß die nach Kamerun gehende Waare zu einem Drittheil aus feinstem Demerara- oder Savanna-Kam besteht, zum Theil in Originalform geht, zum Theil mit bestem hiesigen Alkohol verschnitten. Was von schlechter Qualität in Betracht kommt, bezieht sich auf französisches Gebiet, geht nach dem Senegal oder Konago. Für Kamerun bestreite ich ganz entschieden, daß schlechte Qualität hinlomme, und wenn Herr Stöcker meint, die Missionen wählten dort ganz genau Bescheld, so ist doch erst jetzt eine von Basel dorthin gekommen, um überhaupt erst Informationen einzuholen. Die Missionen dienen weniger zum Schutz des Gouverneurs, als zum Schutz des Landes. Herr Stöcker hat auch das, was ich über den Alkohol als Reizmittel gesagt habe, mißverstanden; ich meine nur, was ich selbst in Afrika unendlich oft gesehen habe, wenn die Schwarzen etwas Trächtiges leisten sollen, so müssen sie Abends ein Gläschen Brantwein haben. Das ist dort so wenig wie hier schädlich. Wenn Sie dadurch die Negers veranlassen können, besser zu arbeiten, so ist dies doch nicht inhuman. Wenn nun aber Stöcker es ferner als inhuman bezeichnet, daß ich davon spreche, die Schwarzen seien erst neuerdings unsere Brüder geworden, und wenn er meint, daß alle Völker gleichberechtigt sein sollen, wir für alle Völker dieselbe Reizung haben sollen, dann meine ich, daß er auch hier in Deutschland ablassen soll, gegen andere Rassen und Religionen zu kämpfen (sehr gut! links und im Centrum), daß er vor allen Dingen dafür sorgt, daß die Judenhege abgeschafft werde. Das ist vor allen Dingen das Wich-

tigste, oder, wie der Engländer sagt: charity begins at home. (Beifall.)

Direktor im Reichschatzamt A. Schenborn: Die fassung des Abg. Richter von der Uebertragbarkeit der Mittel bezieht sich mit den auch für das Reich geltenden Bestimmungen des preussischen Staatsrechts nicht. Schon in der Diskussion für die Oberrechnungskammer von 1824 war die Uebertragbarkeit als ohne Weiteres übertragbar bezeichnet worden. Komptabilitätsgegenstände bezeugt dies unter Bezug auf jene Quelle nochmals ausdrücklich. Im Erlaß ist überhaupt niemals ein besonderer Vermerk über die Uebertragbarkeit eines einzelnen Titels gemacht worden. Die sachliche Frage an sich ist, wie ich in der Kommission ausgesprochen, sehr freilich, sie gehört zu den in der Lösung, deren Lösung im einzelnen Falle gesucht werden muß. Wie sie im vorliegenden Falle gelöst soll, ist schon vom Herrn Staatssekretär auseinandergesetzt worden.

Abg. Windthorst: Ich unterlege die Kommissionberathung; die Sache ist gar so klar, wie sie ansangs schien. Herr Stöcker hat doch sehr geglaubt, die großen Kolonialmächte hätten gerade die Kolonien als die Perlen ihres Kolonialbesitzes betrachtet, englischen, französischen und nordamerikanischen Kolonien das direkte Gegenheil. Mit Recht aber hat er gewarnt, den fremden Schutzberechnen unseren Brantwein zuzuschicken. Ob er gut oder schlecht ist, können wir nicht statuen, denn was zwischen Hamburg und Kamerun selbst geschieht, ist schwer zu sagen (große Schritte) die Missionare in Afrika davon nicht trinken wollen, ich es ihnen auch gar nicht abnehmen. (Erneute Zustimmung) Ich bin auch der Ausführung der Kommissionertheilung mich auch die Ausführungen Voermanns manchen Zweifel beseitigt haben. Er meinte, Neue vor der Auswanderung nach Kamerun um so werthvoller ist, als ich überall im Reich bin ich kam, auf die Meinung stieß, man sollte nicht dorthin gehen. Ueber die Tolernanzfrage jederzeit mit Herrn Stöcker diskutiren, heute ist es schon zu spät. Die letzten Verhandlungen, die wir gehabt haben, liegen jedenfalls für einen Undersangenen von Tolernanz vermissen. Man ging so weit, den tüchtigen und maßgebenden Standpunkt der Kongokolonien lassen; was diese bestimmt, ist tolerant, was in Deutschland geschieht, ist intolerant. Mit dem Hinweis auf die Europa gebilligte Kongokolonie wird Herr Stöcker ständig widerlegt; er hat heute keinen Beweis vorzugeben.

Abg. Stöcker: Eine ungleiche Behandlung der Gesellschaften der beiden Konfessionen findet nicht statt (sprach im Centrum.) Wenn bestimmte Orden ausgenommen hat das keine besonderen Gründe. (Widerpruch im Centrum.) Es steht nichts im Wege, daß sich in Deutschland Missionare ausbilden und nach Kamerun gehen. (Abg. im Centrum.) Herr Voermann erwidere ich eine schwinrende Brücke war von den Kamerunern zu den Juden. Wenn jetzt die Kamerunern nach Berlin kommen wollten, um in den Tagesblätter litt zu machen, so würde ich sie auch bekämpfen, verpflichtet ich mich, wenn die Juden nach Kamerun wollen, von jeder Bekämpfung derselben abzusehen. (Weiterkeit.)

Abg. Windthorst: Jetzt begreife ich, wenn Stöcker solche Begeisterung für die Kolonialpolitik in Bezug auf die Mission in den Kolonien sollte machen, land zum Vorbild nehmen, das doch gewiß kein Staat ist. Ich verlange einfach gleiches Recht für den Staat im Centrum.)

Abg. Richter: Daß Herrn Stöcker die der Juden in den Redaktionen nicht erwünscht ist, begreiflicher, als in den Redaktionen seiner Blätter, und allerlei zweideutige Brionen beschuldigt, wie aus den Stöcker-Prozessen genugsam bekanntheit links.)

Abg. Stöcker: Herr Richter scheint mit politischen Gründen zu Ende zu sein, wenn er solche Vorbringt.

Wittlicher Obd. Legationstrath Krauel: Ich habe über die Hoheitsrechte in den westafrikanischen irrtümliche Vorstellungen. Auf den Marshall-Inseln deutsche Flagge allerdings gehißt, nachdem die dortige — es ist nicht nur die Firma Le-nshelm, die dort kommt — sich bereit erklärt haben, zu den Kosten die Reichsregierung geht aus von der Ansicht, daß die Reichsfonds nur die Kosten zu übernehmen sind, die erforderlich sind, daß dagegen die Hauptlasten der dortigen Firmen aufgebürdet werden.

Abg. Richter: Mit diesen Erklärungen verliert die Natur unserer Kolonialpolitik. Der Reichskanzler hätte sich bereit sein, die Regierung zu übernehmen. Jetzt ist das die Flagge da gehißt wird, wo die Kaufleute sind und bereit sind, zu den Kosten beizutragen. Nicht die Frage ist die Hauptsache, sondern das Offentliche der fürstlichen Kaufleute selbst die Regierung übernehmen. Von dieser Bereitwilligkeit haben wir auf den Marshall-Inseln gehört.

Die Position wird darauf der Budgetkommission mäßigen Berichterstattung überwiesen.

Um 5 1/2 Uhr wird die weitere Berathung des Reichstages, betreffend die Rechtspflege in dem Schutzberechnen der Bölle und Verbrauchssteuern und der Stempelsteuer, abgebrochen.

Parlamentarisches.

In der gestrigen Sitzung der Reichstagskommission wurde die Debatte über den Antrag Auer und Genossen in Verbindung mit der Resolution I fortgesetzt. Zu der Resolution sind Amendements gestellt von den Abg. Baumdach und Franz, die sämtlich die Errichtung eines Fabrikinspektors, entweder durch Vermehrung der Inspektoren resp. Anstellung von Assistenten derselben, oder durch Verkleinerung der Aufsichtsbezirke bezwecken, und weitgehendste Amendement ist das des Abg. Baumdach, die Verkleinerung der Aufsichtsbezirke resp. Vermehrung der Fabrikinspektoren derart vorzuschlagen, eine einmalige jährliche Revision erreicht wird. Die Diskussion, in der auf allen Seiten die Wichtigkeit des Fabrikinspektors als wünschenswert bezeichnet wurde, und nur Meinungsverschiedenheiten über das die erklärte sich der Abg. Lieder für das Amendement, will jedoch der Aufnahme desselben in seine Resolution zustimmen, um deren Annahme nicht zu gefährden. Baumdach und Schneider, die Fraktionsgenossen des Abg. Lieder, erklärten sich für die Resolution Lieder, das Amendement Falben. Abg. Baumdach meinte, nicht darauf an, wie oft revidirt werde, sondern wie die Arbeit gegen deren Assistenten; akzeptire man letztere, so dieselben ihre Thätigkeit so einrichten, daß sie wohl die Arbeit ihrer Vorgesetzten erringen, aber nie die Arbeit der Arbeiter. Abg. Hige erklärt sich für die Auf eine Aeußerung des Abgeordneten Auer, von ihm gewünschte Vorschlag reakt für den Fall, daß der Assistenten seitens der Konsumenten etwaige böse Personen bezeichnen werde, als jetzt der Gegenstand erregten die Regierungskommissionen Doffe und D...

Die vor nicht gen freudlich als Besti toren V habe jed lowie der l u ch to Grundge tralitati sch M Schwi die — weid Reichge das man Einzelst solution Fabrik

n e t e n Beschl die gep Aus nachtr eine Anfr auch gen Anlagen Regierung und das bin die vo zu fördern

w. I hatte bela neuen A Anleibe k selbe wid Binien de sation so Anleibe r der Kana der Kief sind erso tionen Gebäud werden z Krankenb 1 500 000 Bschort's enkomme namentlich eines U 2 600 000 zu erbau anspruchen

ar. I kleine S Fensteröff Hauses P ihm zugest zu lassen Stunde y weniger a sch gönnt Angenom bringt ihm zu einem Zeit. M Baumater sucher B Berlins u Weifense der Kaiser blüht auch Gau dem Sch Behörde s — Auch i eine Haus Die d engheate „Vereins werther V finanzielle Betrag de Polig rigerstraße Erde und wurde n gedr nach durch Ver weidig p Berleigung Ueberfahr demselben schen Bentr Male geg legungen mußte. — feller des daß der K läßigerwei an der F hierbei so rrankenfan der Feuer Rauer g Fortschleif lage vom einen rech rechten S

Eine lammer de Berlin geb Gabe zu dem aber i straf wor im Gefäng beand sich Kofahl stel war die S fäden, we richtigen geklagten f 3 Monate

Soziales und Arbeiterbewegung.

An die Buchbinder und Fachgenossen speziell der Arbeiter der Albumbranche ergibt folgender Aufruf: Kollegen! Von Jahr zu Jahr sind in unserem einst so schönen Industriezweige Lohnreduktionen mehr und mehr vorgekommen, so daß man meinen sollte, es wäre jetzt zur Unmöglichkeit geworden, noch weitere Reduktionen vorzunehmen. Leider aber tritt man mit derartigen Ansinnen fortwährend an die Arbeiter heran. Diesem Beginnen muß endlich einmal ein Halt geboten werden. Kollegen! Auch in der Fabrik von Häßig und Ehrenstein sind Lohnreduktionen (welche Reduktionen gleich kommen) ausgebrochen. Die Kommission der Albumarbeiter sah sich genötigt, da keine Einigung zu erzielen war, den Streik zu erklären. Ehrensache eines jeden Arbeiters muß es sein, während des Streiks dort nicht zu arbeiten. Selbst in der schlechtesten Geschäftslage muß den Fabrikanten bewiesen werden, daß die Arbeiter zu der Einsicht gekommen sind, daß es so nicht weiter gehen kann und darf. Die Kommission der Albumarbeiter.

Abnahme der Wanderbettelei. Die in der Nähe von Bielefeld gelegene Arbeiterkolonie „Wilhelmsdorf“ hatte, wie der kürzlich veröffentlichte Rechnungsabschluss ergibt, im verflochtenen Jahre eine Einnahme von 53 000 M., darunter 9000 M. barer Verdienst der Kolonisten. Die Unterhaltungskosten betragen 88 520 M., so daß noch ein Defizit von 35 000 M. zu decken ist. Durch die Landesmeliorationsarbeiten der Kolonisten, die ganze Strecken des öden Heidelandes, der sogenannten Senne, in der bekanntlich die Kolonie liegt, urbar machten, ist allerdings dieses Defizit so gut wie ausgeglichen, wenn auch vollständig noch nicht an eine Verzinsung des Anlagekapitals zu denken ist. Die Zahl der bis jetzt in die Kolonie aufgenommenen heimathlosen Wanderer betrug insgesamt 3400, darunter 1940 Protestanten, 1450 Katholiken und 11 Israeliten. Gegenwärtig befinden sich 259 Mann in der Kolonie, die, da bekanntlich die beiden für die Rheinprovinz projektierten Kolonien noch nicht errichtet sind, vorläufig auch noch Rheinländer aufnehmen wird. Nach den Berichten der Landräthe soll sich seit der Errichtung der Kolonie eine Abnahme der Wanderbettelei von mindestens 50 pCt. konstatieren lassen. Mit dem letzten Satz, auf den es uns besonders ankommt, wäre also auch dem Blödesten klipp und klar bewiesen, was ein kleiner Teil der Linken schon seit Jahren unablässig betont hat, daß nämlich die Wanderbettelei in direktem Zusammenhange mit der Arbeitslosigkeit steht, und nicht wie der größte Theil unserer Zeitungen zum Theil aus Schamhucht und zum Theil aus Superstition oder Unwissenheit stets behauptet hat, daß sie eine besorgniserregende Erscheinung des überhandnehmenden Vanges zur Faulheit sei. „Bagabunden“, „arbeitscheues“, die Landstrasse bedrückendes Gesindel“, das waren die Epitheta, die sich ehrliche, von Arbeitslosigkeit auf die Landstrasse getriebene Handwerker und Arbeiter an den Kopf werfen ließen und noch werfen lassen müssen von Menschen, die keine Ahnung von dem Zusammenhange gesellschaftlicher Erscheinungen haben. Und hier wird endlich die schon längst von der volkfreundlichen Presse betonte, wahre Ursache einer solchen Erscheinung wider Willen befestigt: Schafft Arbeit! — Das ist das Hauwort, welches die „Bagabundage“, die Wanderbettelei beseitigt, oder doch auf ein geringes Maß herabdrückt. Aber die heutige Gesellschaft kann das Hauwort nicht erfassen; sie kann den bösen Geist, den sie selbst heraufbeschworen, nicht bannen. Das ist die Aufgabe der neuen Zeit, und dieser Aufgabe muß sich Jeder widmen, der für die Erscheinungen dieser Zeit nicht blind ist.

Vereine und Versammlungen.

Die Arbeiterinnen-Versammlung, welche am Montag, den 18. d. M., in „Sandsouci“ unter Vorsitz der Frau Dr. Hofmann stattfand, war äußerst zahlreich besucht, wohl 1000 Frauen und 500 Männer waren anwesend. Das einleitende Referat über den „Zweck und die Ziele des Arbeiterinnen-Vereins mit besonderer Berücksichtigung der Lohnfrage“ h. H. Fr. Wabnitz übernommen. Erste Blicke, so etwa begann sie, sind es, welche heute jeder denkenden Frau aufgelegt sind. Sie ist berufen, das an Generationen ihres Geschlechts vererbte Unrecht wieder gut zu machen. Es handelt sich um keine vorübergehende Aufregung, sondern um eine mit Nothwendigkeit aus den Bedingungen der Industrie und des Kapitalismus herorgegangene Bewegung. Wer die Lebensbedingungen einer Arbeiterfamilie kennt, wird zugeben müssen, daß bei den heutigen Durchschnittslöhnen ein Familienvater ohne die Mithilfe seiner Frau seine Angehörigen kaum ernähren kann. Die Kinder bleiben sich selbst überlassen und Vater und Mutter wissen nichts von ihnen. Die Frauen sind in den Dienst der Industrie gespannt; spekulative Kaufleute verwenden sie als Reisende, sie bezahlen sie elend. Wir dürfen dem Manne nicht durch billigeres Angebot Konkurrenz machen und müssen uns höhere Löhne zu erzielen. Eine Lohnhöhung der Frauennarbeit bedingt auch eine der männlichen Arbeit. (Beifall.) Um aber mit Erfolg an eine Lohnbewegung heranzutreten, müssen wir zunächst feststellen, welche Löhne in den verschiedenen Branchen gezahlt werden. Heute herrscht größte Willkür in der Festlegung der Preise für dieselbe Arbeit. Heute zahlt ein Unternehmer für das Nähen und Besetzen einer Schwärze 7 Pf., ein anderer zahlt aber gar nur 2 Pf. Zum mindesten müssen hier einheitliche Minimalpreise festgesetzt werden. Die Arbeitgeber müssen sich daran gewöhnen, nicht länger mehr auf vierstündige Arbeitszeit, auf die Sonntagsarbeit, die Nacharbeit, die Bedürfnislosigkeit und Bescheidenheit der Arbeiterin zu rechnen. (Bravo.) Wir werden uns nicht verschrecken, mit den Arbeitgebern zu verhandeln; ich bege die Hoffnung, daß die anständigen Elemente unter ihnen die Gerechtigkeit unserer Forderungen anerkennen werden. Eine jede Frau schließt sich einem Arbeiterinnenvereine an. Die organisierten Arbeiterinnen werden, selbst wenn es zu einem Streik kommen sollte, des Solidaritätsgefühls der Arbeiterschaft sicher sein und auf ihre Unterstützung rechnen können! (Beifall.) Vergessen wir aber auch nicht, daß die Gesetzgebung vor allen Dingen und die Sonntagsruhe gewähren, uns einen Maximalarbeitstag sichern muß. Darin wird die Frauenbewegung eine weltgeschichtliche sein. (Stürmischer Beifall.) Vor Eintritt in die Diskussion ließ Frau Dr. Hofmann einen Aufruf der im Streik befindlichen Berliner Glasehandschuhmacher verlesen und empfahl eine Zellenversammlung für dieselben zu veranstalten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion sprachen zunächst die Herren Jahn und Hildebrandt und riefen den Arbeiterinnen, sobald sie eine feste Organisation gebildet hätten, an einen Streik zu denken, dessen thätige Unterstützung durch alle Arbeiter sicher sei. Frau Dr. Hofmann machte hiergegen geltend, daß bei der jämmerlichen Lage der Frauennarbeit in absehbarer Zeit an einen allgemeinen Streik nicht zu denken sei. Man könne nur schrittweise vorgehen und allenfalls partielle Streiks herbeiführen. Herr Dr. Vittingenau ersuchte die Arbeiterinnen, die zum Zwecke einer Enquete der Lohnverhältnisse der Frauennarbeit vertheilten Fragebogen auszufüllen. Fr. Jagert sprach für den Arbeiter-Schutzgenossenschaft. Herr Wüthler tadelte den Beschluß der Mäntelherinnen-Kommission, 4 Schneidermeister in diese Kommission aufzunehmen. Hierauf erwiderte Frau Bäge, daß sie ein scharfes Auge für diese Herren haben würde und daß das erste Mißtrauen, das theilweise schon in ihr bestesse, sie veranlassen würde, den Arbeiterinnen zuzurufen: Wir gehen allein vor! (Beifall.) — Nachdem noch Herr Stadtk. Wöckel und Frau Kretsch gesprochen hatten, machte eine andere Frau Angaben über den äußerst geringen Lohn, den der Schneidermeister Lütke, Spandauerstraße 6, seinen Arbeiterinnen

Die vorzuschlagenden Personen könnten von den Beitheiligten nicht geprüft werden. Die Arbeiter würden stets die Arbeiterfreundlichkeit und nicht die Qualifikation des Vorschlagenden als Bestimmungsgrund gelten lassen. Von den Fabrikinspektoren Prüfungen seien nur 2 Berufssoldaten gewesen, davon habe jedoch der eine 4 Jahre die technische Schule in Aachen, sowie der andere 2 Jahre ein Technikum besucht. Abg. P. J. an u. l. u. wies darauf hin, daß die Debatte ergeben habe, daß der Grundgedanke in dem sozialdemokratischen Antrag: die Zentralisation der Ueberwachung der gewerblichen Betriebe, sich Anerkennung verschafft habe, und nur der Schwierigkeit halber, die Reichsgesetzgebung abzuändern, die Majorität sich begnügen wolle, ein Institut — welches wie allgemein anerkannt, seine Wurzeln in der Reichsgesetzgebung habe, dadurch dem Bedürfnis anpassen wolle, daß man den Reichskanzler ersuche, seinen Einfluß auf die Einzelstaaten dahin geltend zu machen, daß die Ueberliche Resolution die Richtschnur für dieselben bei der Ausbildung des Fabrikinspektors abgebe. — Wäthlich sehr bescheiden.

Die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses wird nunmehr, nachdem der Reichstag seinen Beschluß über die Ausweitung-Anträge gefaßt hat, unermüdet die geplante Anfrage an die preussische Regierung einbringen.

Aus der letzten Kanal-Kommissionssitzung ist noch nachzutragen, daß der Staatssekretär von Bötticher auf eine Anfrage des Abg. S. a. s. e. l. e. v. e. r., ob beim Bau des Kanals auch genügende Sorge für Entwässerungs- und Bewässerungs-Anlagen getroffen werden würden, erklärte, daß die preussische Regierung schon in ihrem eigenen Interesse dafür Sorge tragen und daß deshalb Alles geschehen würde, nach dieser Richtung hin die von dem Fragesteller angeregte „Kolonisation im Innern“ zu fördern.

Kommunales.

Die neue Anleihe der Stadt Berlin. Der Magistrat hatte bekanntlich bereits in einer früheren Sitzung die Auflage einer neuen Anleihe von 50 000 000 M. beschloffen. Ueber diese Anleihe hat der Kammerer Runge jetzt Bericht erstattet. Dieselbe wird zu 4 pCt. verzinst und mit 1 pCt. und den ersparten Zinsen des getilgten Kapitals amortisirt werden. Die Amortisation soll mit dem Jahre 1890 beginnen. 25 000 000 M. der Anleihe werden in den nächsten 5 Jahren für die Fortführung der Kanalisation, für Regulierungs- und Planungsarbeiten der Kanäle gebraucht werden. 5 bis 6 Millionen sind erforderlich zur Erbauung fester Brücken, 6 Millionen wird der Neubau des Post- u. Präsidial-Gebäudes in der Alexandersstraße erfordern. 1 000 000 M. werden zur Erbauung und Einrichtung eines dritten städtischen Krankenhauses erforderlich (der Bau desselben ist auf 1 500 000 M. veranschlagt, doch sollen 500 000 M. aus dem beschortigen Stillkapital der Bestimmung der Stifterin gemäß entnommen werden). Zur Erweiterung der Wasserwerke, namentlich zur Erbauung von Filtern in Zegel, zur Anlage eines Wasserthurmes auf dem Tempelhofer Berge sind 2 600 000 M. erforderlich und 11 000 000 M. werden die noch zu erbauenden resp. noch zu vollendenden Markthallen beanspruchen.

Lokales.

Die Arbeit eines Handlangers wird durch eine kleine Statistik recht deutlich illustriert. Da sitzt in einer Fensteröffnung in der 2. Etage des im Alibi begriffenen Hauses Papenstraße 14 ein Arbeiter, der die Aufgabe hat, die ihm zugeworfenen Steine auf einer schiefen Ebene herunterzuleiten zu lassen. Inzwischen sind Steine beständig von oben in einer Stunde hinab, bei zehnständiger Arbeitszeit also täglich nicht weniger als 12 000 Steine. Die einzige Abwechslung, die er sich gönnt, ist, daß er hin und wieder seinen Platz verläßt. Angenommen, der Arbeiter erhält für den Tag 3 Mark, so bringt ihm das Hinunterwerfen von 1200 Steinen 30 Minuten, zu einem Pfennig gehören also 40 Steine und etwa 2 Minuten Zeit. Man sieht, auch diese Steine können reden. — Das Baumaterial der abgebrochenen Häuser ist übrigens ein sehr gesuchter Artikel und kommt hauptsächlich in den Vororten Berlins zur Verwendung. So sind einige Neubauten in Weißensee aus den Trümmern der Häuser hervorgegangen, die der Kaiser Wilhelmstraße zum Opfer fielen. Neues Leben blüht auch hier aus den Ruinen.

Hausfuchung. Am Sonntag, den 17. d. M., wurde bei dem Schriftfeger Kunkel eine Hausfuchung abgehalten. Die Behörde soll eine Anzahl Schriften mit Beschlag belegt haben. — Auch in Friedrichsberg wurde am Sonntag an einer Stelle eine Hausfuchung vorgenommen.

Die Sonnabend-Vorstellung von „Denise“ im Residenztheater, deren Reinerlös den Unterstützungskassen des „Vereins Berliner Presse“ vom Direktor Anno in anerkannter Weise zugesichert war, hat einen recht günstigen finanziellen Erfolg erzielt. Wie wir hören, ist der namhafte Betrag dem Vereine bereits zugegangen.

Polizeibericht. Am 17. d. M. Abends fiel in der Danzigerstraße eine 72 Jahre alte Frau in Folge Ausgleitens zur Erde und brach den rechten Oberschenkel im Hüftgelenk. Sie wurde noch der Königl. Altkr. abgebracht. — Am 18. d. M. Morgens nahm eine Frau, in der Alexandersstraße wohnhaft, durch Verwechselung der Flaschen, anstatt der ihr verordneten Medizin flüchtiges Viniment ein. Sie erlitt dadurch so schwere Verletzungen im Munde und in der Speiseröhre, daß ihre Ueberführung nach der Charité nothwendig wurde. — Am demselben Morgen wurde der Viehtreiber Füller auf dem städtischen Central-Viehhofe im Rinderstalle von einem Stier mehrere Male gegen die Wand gedrückt, so daß er schwere innere Verletzungen erlitt und nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. — Am demselben Tage Mittags entstand in dem Lagerkeller des Kaufmanns Mey, Chausseest. 16, dadurch Feuer, daß der Hausdiener Gollnow beim Abfüllen von Benzol in fahrlässiger Weise mit Licht denselben zu nahe kam, so daß dieses sich an der Flamme entzündete und explodirte. Gollnow erlitt hierbei so bedeutende Brandwunden, daß er nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Feuer wurde von der Feuerwehr sehr bald gelöscht. — Um dieselbe Zeit fiel der Maurer Klose auf dem Neubau Kastanienallee 29 30 beim Fortschleifen einer Röhre über die nicht abgedeckte Ballenlage vom ersten Stock bis in den Keller hinab und erlitt dabei einen rechtsseitigen Rippenbruch und eine Ausrenkung der rechten Schulter.

Gerichts-Zeitung.

Eine laubstummte Diebin stand gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II. Die 16 jährige Bertha Nobel aus Berlin gehört zu jenen unglücklichen Geschöpfen, welchen die Gabe zu reden und zu hören von der Natur verweigert ist. Trotzdem aber ist sie schon 4 Mal wegen Eigenthumsvergehens bestraft worden und hat den größten Theil ihres jungen Lebens im Gefängniß oder Arbeitshause zugebracht. Im März v. J. befand sich die Angeklagte in dem unter Leitung der Frau Rosaßel stehenden Rettungshause in Reinickendorf. Von dort war die Nobel entwiden unter Mitnahme von Kleidungsstücken, welche der Anstalt gehörten. Nachdem durch einen gerichtlichen Sachverständigen die Burechnungsfähigkeit der Angeklagten festgestellt worden war, erkannte der Gerichtshof auf 3 Monate Gefängniß.

zahlen solle. Für das Fertigstellen einer Militärbefehle mit Diefen, an der sie (Kednerin) als geübte Arbeiterin 2 1/2 Stunden zu arbeiten habe, zahle dieser Meister 20 Pf. Sie habe im Zeitraum von 12 Stunden bei angestrengter, unaufhörlicher Arbeit 1 Mark verdient, von denen 30 Pf. noch auf Auslagen am Baum z. abgegangen wären. Auf ihre Klage über zu geringen Verdienst, habe man ihr gerathen, in der Nacht zu arbeiten. Hierauf sprach Herr Nidelsen und verlangte das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen. Als der Kedner in seinen weiteren Ausführungen die herrschenden Zustände kritisierte, erklärte der überwachende Polizeibeamte auf Grund des Sozialistengesetzes die Versammlung für aufgelöst.

In der Versammlung des Fachvereins der Steinmetzen Berlins, die am Sonntag in Abtamm's Salon stattfand, wurde der Jahresbericht erstattet. Es sind 187 neue Mitglieder in den Verein eingetreten. Die Mitgliederzahl ist gegenwärtig 247. In Krankenunterstützungen hat der Verein 460 M. verausgabt. Auf Unterstützung streitender Kollegen wurden 1888 M. verwendet, nämlich 702 M. an Berufsgenossen in Berlin, 586 M. an auswärtige Berufsgenossen, 500 und 100 M. an die Maurer und die Töpfer in Berlin. Durch Sammlungen sind für diesen Zweck 1226 M. aufgebracht worden; 662 M. hat die Vereinskasse beigegeben. Der Kassensbericht über das IV. Quartal ergab 1161,85 M. Einnahmen und 873,40 M. Ausgaben. Das in Reichspapieren angelegte Vereinsvermögen beträgt 2004 M. In der Fremdenunterstützungskasse, aus welcher im Jahre 1888 153 fremde Kollegen 462 M. erhalten haben, verblieb ein Bestand von 500 M. — Der Vorsitzende berichtete dann, daß in Bennisgen b. Hannover die Gesellen des Meisters Menking, 40 an der Zahl, vor 14 Tagen die Arbeit niedergelegt haben, weil derselbe ihnen die Alternative gestellt: entweder aus dem Fachverein auszutreten und den „Hauhandwerker“ nicht mehr zu lesen oder die Arbeit bei ihm niederzulegen. Eine längere lebhaft Diskussion führte dazu, daß der Vorstand ermächtigt wurde, Unterstützungsgelder in Raten bis zu einem Gesamtbetrage von 500 Mark nach seinem Ermessen aus der Vereinskasse zu entnehmen und nach Bennisgen abzuführen. — Der Vorsitzende theilte noch mit, daß die Mitgliederversammlungen von jetzt an regelmäßig am nächsten Sonntag nach dem Ersten jedes Monats stattfinden und die Einladungen durch Karten nicht mehr erfolgen werden. In Bezug auf die wöchentlichen 10 Pf. Beiträge für den Fremden-Unterstützungsfonds wurde beschloffen, daß dieselben für die Zeit von Mitte Dezember bis zum 1. April nicht erhoben werden sollen.

Die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gypser und Studienteure Deutschlands (Grundstein zur Einigkeit), örtliche Verwaltungsstelle Berlin I, hielt am Sonntag Vormittag im „Balmensaal“, Neue Schönhauserstr. 20, unter Leitung des Bevollmächtigten, Herrn Peter, eine Mitglieder-Versammlung ab. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1888 ergab für die örtliche Verwaltung Berlin ein befriedigendes Resultat. Die Gesamteinnahme betrug 17 690,40 M.; davon wurden an die Hauptkasse abgeliefert 5700 M.; für Unterstützungen an Kranke und Verwundete wurden ausgegeben 11 376,30 M.; der Bestand am Orte betrug 614,10 M. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig erkannt und dem Kassier Blauod Decharge ertheilt. Hierauf erfolgte die Ernennung der Krankensucher. Ferner sprachen die Herren Dietrich und Dr. Großmann über die Vorteile des Sanitätsvereins. Herr Dr. Großmann betonte besonders, daß er nicht aus Prinzip, sondern nur im Interesse der Arbeiter für dieses so sehr empfehlenswerthe von Arbeitern für Arbeiter gegründete Institut spreche. Pflicht eines jeden Arbeiters sei es, darnach hinzuwirken, daß der Verein größer werde. Ganz besonders sei dieses den Mitgliedern der freien Hilfsklassen zu empfehlen. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch laut, Herr Dietrich, als Vorstandsmitglied des Sanitätsvereins, möge dafür sorgen, daß in nächster Zeit eine Gewerkschaftsversammlung zur allgemeinen Diskussion über den Sanitätsverein stattfinden möge. Herr Dietrich versprach, in diesem Sinne zu wirken. Hiernach wurden noch einige interne Kasseeangelegenheiten geregelt, worauf dann der Schluß der Versammlung erfolgte.

Der Fachverein sämtlicher an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter tagte am Sonntag Vormittag im Lokale Köpenickerstr. 158. Der erste Vorsitzende, Herr Zwirner, erstattete einen kurzen Rückblick auf die Thätigkeit des Vereins. Er drückte seine lebhaftesten Bedauern aus, daß der Verein noch so schwach sei. Kedner zog eine Parallele zwischen der jetzigen Bewegung und der Bewegung zu Anfang der 70er Jahre, und kam zu dem Schluß, daß damals eine Besserstellung der Arbeitsverhältnisse weit leichter zu erzielen gewesen sei, als heute, weil damals die Konkurrenz in der „Straßerei“ noch nicht so groß war als heute. Der Arbeiter muß heute in Folge der niederen Preise ein weit größeres Pensum liefern. Die Folge davon ist, daß die Kräfte des Arbeiters weit früher aufgebraucht werden. Dasselbe Verhältnis bestehe auch bei den „Gatterschneidern“. Kedner schloß mit der dringenden Mahnung, sich zahlreich an der bestehenden Organisation zu betheiligen; dadurch werde es nur möglich sein, den bestehenden Verhältnissen abzuhelfen. Die Diskussion bewegte sich in denselben Bahnen. Ein Antrag, die Versammlungen Dienstags abzuhalten, wurde abgelehnt, ein Antrag auf Abhaltung einer öffentlichen Versammlung, behufs Wahl von Vertretungsdelegirten, angenommen. Diese Versammlung wird im „Berl. Volksblatt“ bekannt gemacht werden. Sonnabend, den 23. d. Mts., veranstaltet der Verein einen Wiener Maskenball in der „Urania“, Wangelftr. 9/10. Die Kollegen werden erucht, sich recht zahlreich zu betheiligen. Billets sind in allen mit Plakaten delegierten Lokalen zu haben. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 7. Februar, im genannten Lokal statt.

Stenographie. Der Arends'sche Stenographen-Verein „Alt-Rösn“ ist zu dem Koller'schen System übergegangen und eröffnet in diesem System am Donnerstag, Abend im Brauereiauswahn, Wertheimstr. 8, am Petriplatz einen unentgeltlichen Vortragskurs. Derselbe erfordert 4 Lehrstunden; die vollständigen Lehrmittel kosten 3 M.

Verichtigung. In dem Bericht des Fachvereins der Steinmetzen in Nr. 10 des „Berliner Volksblatt“ muß es heißen: 300 Mark (nicht, wie der Schriftführer irrthümlich berichtete, 400 M.) sind dem Unterstützungsfonds überwiesen.

Briefkasten der Redaktion.

Ein Freund. Die Entscheidung der Gewerbe-Deputation ist unrichtig. Erheben Sie gegen dieselbe sofort Berufung an den Reichsgericht beim Amtsgericht.

A. Kunzke. Aus dem Sachverhältnisse läßt sich schwer eine Beleidigung konstruieren. Sie müssen zuerst das Fräulein vor den Schiedsmann laden und wenn die Sühne daselbst fruchtlos ausfällt, beim Amtsgericht I, Moabit, Privatklage erheben.

J. St. Einen Rath können wir Ihnen nicht eher ertheilen, als bis wir wissen, aus welchen Gründen Sie ausgewiesen sind.

F. R. Vor der Entbindung können keine Ansprüche gegen Sie geltend gemacht werden, nach der Entbindung Niederkunst, Tauf-, Schwachkosten, sowie Nahrung für das Kind.

M. Lange. Erheben Sie im nächsten Termin den Einspruch, daß Kläger sich verpflichtet hat, die Klage zurückzunehmen, und Sie mit ihm das Uebereinkommen getroffen, für die Klagefumme einen Anzug zu liefern.

Theater.

Rittwoch, den 20. Januar.
Opernhaus. Siegfried, Musik, Drama in 3 Akten von Richard Wagner.
Schauspielhaus. Die Geier Wally, Schauspiel in 5 Akten und einem Vorspiel: Die Kluge von Rosen.
Deutsches Theater. Das Käthchen von Heilbronn.
Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater. Kafarola, Operette in 3 Akten von Max Wolf.
Balthasar-Operetten-Theater. Siffette von von Nordonne, Operette in 3 Akten von Schivot und Duru.
Bellevue-Alliance-Theater. Agis-Phryx.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Bonifantstädtisches Theater. Der Wildschütz, Komische Oper in 3 Akten.
Viktoria-Theater. Messalina.
Ostend-Theater. Das Loos der Armen, Lebensbild in 5 Akten von F. v. Stenglin.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kontordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.

Die beiden Harfenmädchen.

Charaktergemälde mit Gesang in 4 Akten von Emil Gallert. Musik von Ludw. Buzler.

Vor der Vorstellung:

Gr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Bonds haben Wochentags Gültigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe, 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
 Eine interessante Wanderung durch Belgien. Eine bequeme Reise am schönen Rhein. Geriba-Reise. Karolinen-Inseln. Nap. Eine Reise W. Br. Kinder nur 10 Pf. Abonnements- und Vereinsbillets.

Herzlichen Dank

sagen die Unterzeichneten allen Theilnehmern an dem Begräbnisse des Tischlers **Andreas Silger.**
 Insbesondere ist es uns Bedürfnis, den Kollegen des Verstorbenen aus der Neumeyerschen Pianoforte-Fabrik, sowie den Ritaliedern des Gesang-Vereins „Echo III“ und des Tischler-Vereins für diesen Liebedienst, den sie dem Verstorbenen erwiesen, zu danken.
 Die vielen Beweise der Theilnahme und des Beileides, die uns von Freunden und Kollegen unseres Gatten, Vaters, Bruders und Schwagers gegeben wurden, legen Beugnis dafür ab, daß kein Andenken außer in seiner Familie auch noch im Gedächtnisse vieler Anderer fortleben wird, und sind uns ein reicher Trost bei dem harten Verlust, der uns betroffen. [485]
 Berlin, 19. Januar 1886.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

G. Richter's Restaurant,

Rottbuserstraße 2.

empfehlend der geehrten Nachbarschaft seine Lokalitäten zum geneigten Besuch. Sonntags und Mittwoch Frei-Konzert. Auskang von Weiß- und Baitrich Bier, Speisen a la carte zu billigen Preisen.
 Zu gleicher Zeit empfehle ich meinen Saal den geehrten Vereinen zur Abhaltung von Festlichkeiten, Versammlungen u. s. w. Vereinszimmer mit und ohne Piano, zu 25-30 Personen, geeignet für Rauchklub oder Gesangsvereine, 5 1/2 Meter hoch. Um geneigten Zuspruch bitte [490]

Achtungsvoll **Georg Richter.**

Wo speisen Sie? In der alten Pommerschen Küche b. Klein, jetzt Dranienstr. 181, Hof v. Gedieg. Mittagstisch m. Bier 50 Pf. Abendstisch in gr. Auswahl v. 30 Pf. an. Angenehmer Aufenthalt mit Billard. [251]

Große Auswahl in **Masken-Garderobe** zu billigsten Preisen. Anzüge schon von 1 M. an. **R. Klose, Reichenbergerstr. 167.**

Masken-Garderobe F. Stenzel,

Dresdenerstraße 21.

Elegante Kostüme zu den solidesten Preisen. Vereine Ermäßigung.
 Empfehle mich allen Freunden und Bekannten und meiner geehrten Nachbarschaft zur pünktlichen Besorgung des „Berliner Volksblatt“, sowie der „Neuen Welt“, „Neuen Zeit“, des „Santhanerwerkers“, der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ und aller arbeiterfreundlichen Journale. [495]

Zeitungs-Expedition W. Iwantsky, Naunynstraße 19, Hof.

Abrechnung

über die eingelaufenen Gelder für die Arbeiter der abgedranneten Fabriken von **Siegel u. Komp. und Schmidt u. Komp.**

Nr. der Quitt.	Fabriken zc.	Mark
1	Louis Wetner	3,-
3	Freund	21,80
4	Dieschold	9,35
5	Fräselei Schadow	8,65
6	Schleiferei u. Galvanisirende Reyling u. Thomas	5,70
7	Heder	12,80
8	Grwig	2,30
9	Durch Herrn Koff	2,-
10	Ventschow u. Markert	47,70
11	Schlid	2,-
12	Karl Hoppe	15,45
13	Berliner u. Biegler	7,25
14	Hölzerlein u. Komp.	20,15
15	Wienert	-70
16	Durch Herrn Galle	11,14
18	Durch Herrn Siebert	6,-
19	Ernst u. Komp.	19,77
20	Ernst u. Komp. (Komptoirpct.)	3,-
21	Röfel	15,90
22	Otte	3,50
23	Gebert	25,30
24	Ruhn u. Komp.	10,90
25	Hafelwander	18,85
26	Durch Herrn Bröfel	1,-
27	Fachv. d. Steindr. u. Lithographen	23,-
28	Röhl	3,10
29	Herbin. Voigts	20,75
31	Kriegel	4,10
32	Karl Franz	4,79
33	Tactsch	8,-
34	Grossinsky u. Eisenmarl	7,70
35	Durch Herrn Rösch	8,45
36	Roch u. Wein	6,75
37	Rugner u. Berger	43,25
38	Schwarzlopf	23,-
39	Leipholz	5,10
40	Klavierarbeiter-Verein	6,20
41	Weidenslaufer	13,70
42	Durch Herrn Rowad	7,70
43	Dährung	-85
44	Frankl	3,40
45	Kadzwid	1,85
46	Küdermann u. Komp.	2,05
49	Vohnkommission der Drechsler	100,-
50	Durch Herrn Rösch	1,55
51	Durch Herrn Oskar Schülze	1,90
52	Durch Herrn Riegl aus Jekny	11,20
53	Ruchwald u. Kiegl	4,80
54	Brunzel	3,75
55	Werkmeister	6,50
56	Budweg u. Sohn	17,20
58	Scheibert	1,75
63	Durch Herrn Neppholdt	86,-
64	Bernhard	9,55
65	Kasche	6,75
67/243	Hirschhorn	14,10
69	Henniger u. Komp.	25,-
70	Durch Herrn Ahmer	1,-
74	Durch Herrn Bader	1,-
88	Heymann u. Schmidt	5,95
101	Oberneck	2,20
102	Durch Herrn Walter	2,50
79	Mechanische Werkstatt Gd. Redaktion d. „Staatsb. Btg.“	16,85
—	Durch Herrn Rüdiger	1,-
—	Durch Herrn Kuhfal	-75
—	Altmann u. Komp.	12,-
—	Schröder u. Berner	3,85
—	Durch Herrn Wittkowski	3,60
—	Durch Herrn Jacob	3,-
Summa M.		770,86

Ausgabe.

Unterstützung erhielten:		
1 Vertheilungsbeter	M. 27,86	M. 27,86
6 dito	16,-	96,-
17 dito	15,-	255,-
18 dito	6,-	108,-
4 Unvertheilungsbeter	16,-	64,-
17 dito	10,-	170,-
4 dito	5,-	20,-
Druck, Insertions- und sonstige Kosten		30,-
Summa M.		770,86

Vorstehende Abrechnung ist von uns revidirt und richtig befunden.
P. Lüttig, R. Siegmann.

Gleichzeitig sagt der Unterzeichnete im Namen der Arbeiter seinen herzlichsten Dank und werden dieselben in gleichen oder ähnlichen Fällen ihren Kollegen stets treu zur Seite stehen.
 Berlin, den 19. Januar 1886.
J. A. E. Schwittau.

Achtung!

In der Albumfabrik von Kräslich u. Ehrenstein am Moritzplatz haben die Kollegen die Arbeit eingestellt. Ehrensache eines jeden Arbeiters ist es, keine Arbeit dort zu nehmen.
 486 Die Kommission.

Fachverein der Steindrucker u. Lithographen
 Donnerstag, den 21. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
General-Versammlung
 im Königsstädtischen Kasino, Holzmarktstr. 72.
 Tages-Ordnung:

1. Rassenbericht.
 2. Vortrag des Herrn Dr. Stahl über: „Darwinismus“.
 3. Dislokation.
 4. Verschiedenes.
- Gäste, welche sich als Mitglieder aufnehmen lassen wollen, haben Zutritt.
 Um zahlreichen Erscheinen ersucht
 492 Der Vorstand.

Elegante Masken-Garderobe C. Tietz, Dresdenerstraße 37.
 Geschmackvolle Kostüme von 1 bis 30 Mark. Vereine besondere Begünstigungen.

Anzeige.

Einem geehrten Publikum erlaube ich hierdurch anzuzeigen, daß ich die **Zeitungs- und Journal-Expedition des Herrn G. Schulz** am 1. d. M. käuflich erworben habe und verpflichte mich bei geschätzten Aufträgen zur prompten Lieferung. — Inserate für sämtliche Berliner Zeitungen werden dem Preisauflage stets entgegen genommen. [488]

Hochachtungsvoll

Theod. Schmidt, Zeitungsredakteur, Admiralstraße 39.

Preussische Loose: Hauptziehung 22. Januar

6. Februar. Original 1/1 350 M., 1/2 150 M.

1/4 72 M. Antheile 1/8 30 M., 1/16 15 M.

1/32 7,50 M., 1/64 4 M.

Borchardt Gebrüder, Friedrichstr. 61, Telephon 7480, Königstr. 1, Ecke Burgstr. Tel. 26.

Wichtig für Hausfrauen, Waschanstalten zc.

Seifenpulver

von **F. E. Leisel, Mühlheim am Rhein.**

Dasselbe ist anerkannt das beste, billigste und bequemste Waschmittel und hat sich in Hunderten von Haushaltungen ganz unentbehrlich gemacht.

Man erzielt damit blendend weiße Wäsche, auch ohne Bleiche, und spart Zeit und Geld bei größter Schonung der Stoffe.

Das viele Reiben der Wäsche wird vermieden und bleibt dieselbe viel länger in gutem Zustande, als bei allen anderen Waschmethoden.

Die Anwendung ist ganz einfach:

Man löst 1/4 Pfund Seifenpulver in etwas kochendem Wasser durch fleißiges Herumrühren vollständig auf und vermischt diese Lösung mit 25-30 Liter (gleich bis 3 Eimer) lauwarmem Wasser.

Hierin weicht man die Wäsche ein und läßt sie über Nacht darin liegen.

Am folgenden Tage wird die Wäsche in warmem Wasser ausgewaschen.

Man wird dabei finden, daß sich der Schmutz von selbst vollständig gelöst und bei leichtem Reiben sofort verschwindet. Beim Kochen der Wäsche legt dem Kessel eine Hand voll Pulver zu.

Dieses Seifenpulver eignet sich auch vortreflich zum Reinmachen von Böden, Stuben und Fenstern, sowie zum Reinigen von Geschirren.

Laut Analyse enthält dieses Seifenpulver keine der Wäsche schädliche Stoffen, sondern konservirt dieselbe.

Jeder selbst angestellte Versuch wird ergeben, daß Leisel's Seifenpulver behaupteten Eigenschaften wirklich besitzt.

Dasselbe ist zu haben in Packeten von circa 1/4 Pfund Inhalt zum Preise von 20 Pfennig pro Stück.

Vorausstellen haben die Herren Reimann, Bulowstraße 10, Mota, Stallstraße 104, übernommen.

Hugo Jacobsohn & Co.,

General-Debiture.

Berlin S., Dresdener-Str. 106.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Dachdecker Deutschlands „Einigkeit“ (G. S. Nr. 69).

Sitz Berlin.

Sonntag, den 21. Februar, Vormittags 8 Uhr, zweite ordentliche

General-Versammlung

in dem Lokale des Herrn Diel, Große Rosenstraße Nr. 37, in Hamburg.

Tages-Ordnung:

1. Entgegennahme der Jahresbeschlüsse der Hilfskasse und Entlastung des Vorstandes auf Bericht der Revisoren.
2. Erledigung von Beschwerden über den Vorstand.
3. Wahl des Vorstandes, der Revisoren, der Sachverständigen und Festsetzung der Entschädigung für dieselben.
4. Wahl der Ausschussmitglieder und Erledigung von Beschwerden über dieselben, sowie die Wahl der Ersatzmänner, welche in Folge frühzeitigen Ausscheidens irgend eines Vorstandsmitgliedes an dessen Stelle treten.
5. Aenderung der Paragraphen 3, 4, 8, 9, 17, 21, 28, 31, 32, 36, 38 und 40 des Statuts.
6. Einführung einer Extra-Steuer zur Deckung der Unkosten zu den General-Versammlungen.
7. Erhöhung der monatlichen Beiträge um 10 Pfennig.
8. Verschiedenes.

Die General-Versammlung wird voraussichtlich nur einen Tag in Anspruch nehmen und werden die Abgeordneten ersucht, pünktlich zu erscheinen. [484]

Der Vorstand.

Berein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen.

2. General-Versammlung

Donnerstag, den 21. Januar, Abends 8 Uhr, in **Gratwell's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79 (oberer Saal).**

Tages-Ordnung:

1. Statutenberathung.
 2. Wahl einer Fachkommission.
 3. Verschiedenes.
 4. Fragekasten.
- Mitgliedskarte legitimirt. — Gäste haben keinen Zutritt. [489]

Der Vorstand.

Frage.

Sagen Sie bloß, Frau Nachbarin, w. mit haben Sie denn immer so leicht Ihre Wäsche rein, weiß und sauber? [413]

Antwort.

Seitdem ich Seifenpulver der Rheinischen Sodafabrik gebrauche, dasselbe ist billig und gut, kostet 20 Pf. pro Packet.

Sophas und Matratzen

(sowie Polsterwaaren werden gut und billigste hergestellt.)

H. Brämer, Lindenstraße 11.

Bureau für Rechts- und Handlungswesen
 Invalidenstr. 139 II.

F. Rahnke

Uhlen-Fabrik

Berlin S., Dresdenerstraße 4.

empfehle alle Arten Uhren, Pendeluhren, Schlüssel, Goldwaaren.

Spezialität:

Regulator

1. Qualität.

Werke in den geschmackvollsten Mustern zu Fabrikpreisen.

5 jähr. reeller Garantie.

Zahlung ohne Preisverhöhung.

Reparaturen gut und billig.

Achtung! H. F. Diercke

Rein Laden, nur eigene Fabrikation. 25 Jahre lang.

1 Mark. Garantie rein amerikanischer Rippentabak 2 Pfd. 70 Pf.

Damen-Mantel hocheleg.

Werbh 50 M., halber z. verkauf. Engl. Tüll-Gardinen, Manilla, zu Sophas, 30 Pf., 1/2 Wein 50 Pf., Kleiderstoffe, beste Qualität, Kleiderstoffe, b. Qual., 20 Pf., 1/4 75 Pf., Tepp. u. Steppd. 4 M., Waarenb. Kinderstr. 68, I. Abends geöffnet.

Schlafstelle für Schuhmacher m. Arbeitern, sofort, Stallgerstr. 7. b. 3

Arbeitsmarkt

Gut empfohlene Buch-

lungreisende verl. d. Zeitung

und Journal-Expedition

G. Schulze (Inh. Theod. Schmidt) Admiralstr. 39.

Tüchtige Schneidemüller

für Vollgatter, sowie zuverlässige Arbeiter finden lohnende und dauerhafte Arbeit auf der

Schneldemühle Salzw.

bei Spandau.

493] Eine tüchtige Frau zum Zeitungstragen wird verlangt. Eine solche. Für Austragen des „Blatt“ zahlt 20 Pf. [494]

W. J. J. Naunynstr. 19.